

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Große Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen, Petra Pau,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/7213 –**

Soziale Existenzsicherung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Vorbemerkung der Fragesteller

Hilfen zum Lebensunterhalt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten vor allem Asylsuchende und Geduldete, aber auch Nichtdeutsche mit bestimmten Aufenthaltstiteln (vgl. § 1 AsylbLG). Diese Leistungen betragen etwa nur 65 Prozent der sonst üblichen Sozialhilfeleistungen nach SGB XII bzw. II: So erhält ein „Haushaltsvorstand“ nach den im Gesetz immer noch in DM ausgedrückten Regelsätzen monatlich insgesamt 440 DM (224,97 Euro), 80 DM (40,90 Euro) in Bargeld für „persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens“ und 360 DM (184,07 Euro) vorrangig in Sachleistungsform (etwa: Wertgutscheine, Chipkarten, „Essenspakete“, „Spezialläden“ usw.) für „Grundleistungen“. Für Haushaltsangehörige und Kinder gelten noch einmal deutlich niedrigere Sätze.

Sofern Sachleistungen gewährt werden, kann der tatsächliche Wert dieser Leistungen wesentlich unter dem im Gesetz genannten nominellen Wert liegen, z. B. weil es den Betroffenen in solchen Fällen nicht möglich ist, auf besondere Angebote von Discountern oder Wochenmärkten zurückzugreifen, was üblicherweise aber bei der Bedarfsberechnung vorausgesetzt wird, oder weil keine Restgeldrückgabe bei Wertgutscheinen vorgesehen ist. Auch klagen viele Betroffene darüber, dass sie ihren ohnehin geringen Barbetrag zweckwidrig dafür aufwenden müssen, eine ungenügende, ungesunde oder den eigenen Essgewohnheiten nicht entsprechende Ernährung in Sachleistungsform (etwa bei fremdbestimmt zugeteilten „Esspaketen“) durch den Kauf von Nahrungsmitteln auszugleichen. Die Höhe der Leistungen nach dem AsylbLG ist seit Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 1993 unverändert geblieben.

Die Gewährung von Sachleistungen ist wegen des bürokratischen Verwaltungsaufwandes teurer als die Auszahlung von Bargeld, Mitte der 1990er Jahre betragen diese Mehrkosten durchschnittlich etwa 122 DM pro Person und Monat (vgl. Bundestagsdrucksache 13/2746, S. 13). Als Teil des Sachleistungsprinzips gilt auch, dass Betroffene verpflichtet werden, in entpersönlichen Massenunterkünften (Gemeinschaftsunterkünften) unter beengten und streng reglementierten Bedingungen in häufig abgelegenen Gebieten zu „wohnen“ (in Kasernen, Container-, Wohnungen“ usw.).

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

Nach § 4 AsylbLG wird die medizinische Versorgung auf die „Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände“ eingeschränkt. § 6 AsylbLG sieht die Übernahme „sonstiger Leistungen“ lediglich als Kann-Bestimmung vor, vor allem wenn dies „im Einzelfall zur Sicherung des Lebensunterhalts oder der Gesundheit unerlässlich“ ist.

Das erklärte Ziel des im Zusammenhang des so genannten Asylkompromisses neu geschaffenen Asylbewerberleistungsgesetzes war es, „die einen Asylmissbrauch begünstigende wirtschaftliche Anreizwirkung der bisherigen Regelungen über Sozialhilfe an Ausländer durch Neustrukturierung und Kürzung der Sozialhilfe für bestimmte Ausländergruppen zu mindern“ (Bundestagsdrucksache 12/5008, S. 2). Es solle kein „Anreiz“ geschaffen werden, „aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland zu kommen“ (ebd., S. 13). Durch die „Umstellung auf Sachleistungen“ würde „den Schlepperorganisationen der Nährboden entzogen“ (ebd., S. 13 f.), so die Begründung. Der reduzierte Leistungsumfang sei „für eine vorübergehende Zeit zumutbar und ermöglicht ein Leben, das durch die Sicherung eines Mindestunterhalts dem Grundsatz der Menschenwürde gerecht werden soll“ (Bundestagsdrucksache 12/4451, S. 6).

Die Fraktion der SPD machte im Gesetzgebungsverfahren grundsätzliche Bedenken gegen ein eigenes Leistungsgesetz für bestimmte Gruppen geltend, die auch in der von ihr beantragten Anhörung geäußert worden waren (vgl. Bundestagsdrucksache 12/5008, S. 14). Die Gruppe der PDS/Linke Liste lehnte den Entwurf des Asylbewerberleistungsgesetzes unter anderem aus verfassungsrechtlichen Gründen ab (ebd.).

In der Gesetzesbegründung wurde ausgeführt, dass eine Angleichung der Leistungen an das übliche Sozialhilferecht nach spätestens einem Jahr erfolgen sollte, weil „bei einem längeren Zeitraum des Aufenthaltes und – mangels Entscheidung [im Asylverfahren] – noch nicht absehbarer weiterer Dauer nicht mehr auf einen geringeren Bedarf abgestellt werden kann, der bei einem in der Regel nur kurzen, vorübergehenden Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland entsteht. Insbesondere sind nunmehr [nach einem Jahr] Bedürfnisse anzuerkennen, die auf eine stärkere Angleichung an die hiesigen Lebensverhältnisse und auf bessere soziale Integration gerichtet sind“ (Bundestagsdrucksache 12/5008, S. 15).

Mit einem Gesetzentwurf von der Fraktion der CDU/CSU und FDP auf Bundestagsdrucksache 13/2746 vom 24. Oktober 1995 wurde die Ausweitung des Anwendungsbereichs des AsylbLG über Asylsuchende hinaus auf geduldete Personen und auf einen Zeitraum von zwei Jahren angestrebt. Auch bei Geduldeten könne „in aller Regel“ auf einen „nur kurzen oder vorübergehenden Aufenthalt abgestellt werden“, hieß es zur Begründung (a. a. O., S. 11). Nach zwei Jahren allerdings sei „dem Ausländer auch eine Integration in die deutsche Gesellschaft durch öffentliche Mittel zu ermöglichen, so dass die höheren Leistungen entsprechend dem Bundessozialhilfegesetz zu gewähren sind“ (ebd., S. 15). Nach Verhandlungen im Vermittlungsausschuss (vgl. Bundestagsdrucksache 13/7510) wurde dann eine Regelung in § 2 AsylbLG beschlossen, die Asylsuchende und Geduldete über einen Zeitraum von drei Jahren auf die geringeren (Sach-) Leistungen des § 3 AsylbLG verwies.

Mit dem EU-Richtlinien-Umsetzungsgesetz wurde dieser Zeitraum im Jahr 2007 noch einmal auf vier Jahre verlängert. Eine nachvollziehbare Begründung für die sukzessive Verlängerung der Wartefrist, nach der gesetzgeberisch davon ausgegangen wird, dass „soziale Integrationsbedürfnisse“ anzuerkennen seien, von ursprünglich einem Jahr auf zwei bzw. drei und nunmehr auf vier Jahre, ergibt sich aus den Gesetzesmaterialien nicht.

Die Vereinbarkeit zumindest einiger Regelungen des AsylbLG mit Verfassungs- und Völkerrecht ist im Streit. So haben englische Gerichte in einigen Fällen die Rücküberstellung von Asylsuchenden nach Deutschland abgelehnt, weil die Betroffenen durch die Anwendung des AsylbLG in ihren Rechten nach der Europäischen Menschenrechtskonvention beeinträchtigt sein könnten (siehe zum Beispiel House of Lords, Judgement 27 of 2004; [2004] UKHL 27).

Auch von Nichtregierungsorganisationen und in der juristischen Literatur wurden verfassungsrechtliche Bedenken gegen das AsylbLG vorgebracht: Die Gewähr des soziokulturellen Existenzminimums dürfe nicht für sachfremde Zwecke (Bekämpfung des „Asylmissbrauchs“) instrumentalisiert werden; die Dauer und das Ausmaß der sozialrechtlichen Ungleichbehandlung sei unverhältnismäßig; das Abschreckungs- und Sachleistungsprinzip des AsylbLG verstoße gegen die Menschenwürde und sei überdies nicht geeignet, das angegebene Ziel zu erreichen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Zu den verfügbaren Daten über die Entwicklung der Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG):

In der Großen Anfrage werden eine Fülle von Fragen zur Zahl der Leistungsempfänger und den Ausgaben nach dem AsylbLG für alle Länder und für die Jahre seit 1994 gestellt. Zur Beantwortung dieser Fragen müssten vom Statistischen Bundesamt für jedes einzelne Jahr umfangreiche Sonderauswertungen der verfügbaren Daten vorgenommen werden. Zudem ist davon auszugehen, dass sich die von Jahr zu Jahr zu beobachtenden Veränderungen in relativ engen Grenzen halten, so dass eine Betrachtung aller einzelnen Jahre kaum mehr Erkenntnisse liefern würde als die einiger ausgewählter Jahre.

Für die Beantwortung der Fragen wurden daher nur die Jahre 1994, 2000 und 2006 ausgewertet. Die Tabellen für diese drei Jahre und die einzelnen Länder finden sich im Anhang. Daten des Statistischen Bundesamtes für 2007 liegen derzeit noch nicht vor. Alle Angaben zu den Zahlen der Empfänger und der Ausgaben stammen – wenn nicht anders angegeben – vom Statistischen Bundesamt.

Da das AsylbLG durch die Länder ausgeführt wird, werden die Angaben aus den Ländern soweit vorhanden und erforderlich berücksichtigt.

Eine Übersicht über die Entwicklung der Regelleistungsempfänger macht deutlich, dass deren Zahl im Laufe der Jahre stark gesunken ist.

Regelleistungsempfänger nach AsylbLG in 1 000 jeweils Ende des Jahres (gerundet)

1994	439
1995	489
1996	490
1997	497
1998	439
1999	436
2000	352
2001	314
2002	279
2003	264
2004	230
2005	211
2006	194

Auch bis Ende des Jahres 2007 ist die Zahl der Leistungsempfänger weiter zurückgegangen, da die Zahl der jährlichen Asylanträge in den Jahren 2006 und 2007 nur noch bei jeweils rund 30 000 lag (zum Vergleich 2003: 323 000). Bei

den 30 303 Asylanträgen im Jahr 2007 handelte es sich um 19 164 Erstanträge und 11 139 Folgeanträge (Quelle: BAMF).

Seit 1994 ist die Zahl der Leistungsempfänger in den alten Ländern stark gesunken. In den neuen Ländern war der Rückgang dagegen eher gering (Ausnahme Brandenburg; Sachsen sogar mit minimalem Zuwachs), was sich aus der 1994 noch unterdurchschnittlichen Aufnahme dieser Leistungsempfänger in den neuen Ländern erklärt. Die niedrigsten Asylbewerberleistungsempfängerquoten (Leistungsempfänger pro 1.000 Einwohner) waren Ende 2006 in Bayern (1,0) und Baden-Württemberg (1,5) zu verzeichnen. Die höchsten Quoten gab es in den Stadtstaaten (Berlin: 3,9, Hamburg: 5,7, Bremen: 6,2).

Regelleistungsempfänger nach AsylbLG in 1 000 nach Ländern

	1994	2006	Veränderung 2006 zu 1994		Bevölkerung Ende 2005 in 1 000	LeistungsE pro 1 000 Einwohner
			absolut	in %		
BW	64 632	15 797	-48 835	-75,6	10 739	1,5
Bayern	50 170	12 677	-37 493	-74,7	12 493	1,0
Berlin	25 103	13 168	-11 935	-47,5	3 404	3,9
Brandenburg	7 859	4 616	-3 243	-41,3	2 548	1,8
Bremen	5 172	4 139	-1 033	-20,0	664	6,2
Hamburg	13 050	10 029	-3 021	-23,1	1 754	5,7
Hessen	48 135	14 949	-33 186	-68,9	6 075	2,5
MV	3 605	3 588	-17	-0,5	1 694	2,1
Niedersachsen	47 042	25 468	-21 574	-45,9	7 983	3,2
NRW	113 793	58 416	-55 377	-48,7	18 029	3,2
Rheinland-Pf	22 434	6 758	-15 676	-69,9	4 053	1,7
Saarland	10 959	2 114	-8 845	-80,7	1 043	2,0
Sachsen	6 994	7 039	45	0,6	4 250	1,7
Sachsen-A	6 258	6 098	-160	-2,6	2 442	2,5
Schleswig-H	8 528	4 420	-4 009	-47,0	2 834	1,6
Thüringen	4 884	4 286	-598	-12,2	2 311	1,9
Deutschland	438 618	193 661	-244 957	-55,8	82 315	2,3

Zur Vereinbarkeit des AsylbLG mit dem Verfassungsrecht:

Der Umstand, dass die Grundleistungen nach dem AsylbLG geringer ausfallen als vergleichbare Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), früher nach dem Bundessozialhilfegesetz, rechtfertigt nicht die Annahme, der Gesetzgeber gewährleiste mit den Leistungen nach dem AsylbLG nicht das verfassungsrechtlich Gebotene. Soweit Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG von den Leistungen nach dem SGB XII ausgeschlossen sind, liegt keine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung vor. Denn die in § 1 Abs. 1 AsylbLG aufgeführten Personen haben kein verfestigtes Aufenthaltsrecht, es wird in der Regel nur von einem kurzen vorübergehenden Aufenthalt ausgegangen (Bundestagsdrucksache 12/4451, S. 5), und deshalb werden Leistungen zur sozialen Integration nicht gewährt. Dieses Kriterium trägt eine gruppenbezogene Differenzierung (BVerwG, NVwZ 1999, 669).

Zur Höhe der Beträge nach dem AsylbLG:

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Jahre 2000 (Bundestagsdrucksache 14/2605) hatte die Bundesregierung festgestellt, dass bisher kein Erfordernis zur Anpassung der Beträge nach dem AsylbLG bestanden habe.

Anfang 2001 legte sie einen Verordnungsentwurf vor, der eine geringe Erhöhung sowie eine Umstellung auf Euro-Beträge zum 1. Januar 2002 vorsah. Da der Bundesrat der Verordnung nur mit der Maßgabe einer bloßen Umstellung auf Euro-Beträge zugestimmt hatte, hat die Bundesregierung die Verordnung nicht erlassen. Derzeit besteht nicht die Absicht, eine neue Verordnung vorzulegen (s. auch Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage Bundestagsdrucksache 16/7574 vom 14. Dezember 2007, S. 5).

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur genaueren Ausdifferenzierung der gewährten Leistungen nach dem AsylbLG, d. h. wie hoch waren die jeweiligen Leistungen (in absoluten und relativen Zahlen) aufgrund der unterschiedlichen Bestimmungen des AsylbLG (nach § 1a AsylbLG als gekürzte Leistung, nach § 2 Abs. 1 AsylbLG entsprechend SGB XII, nach § 3 AsylbLG als Grundleistung bzw. als „Taschengeld“, nach § 4 bzw. 6 AsylbLG bei Krankheiten, als sonstige Leistungen oder für Hilfen bei Schwangerschaft und Geburt, nach § 5 AsylbLG für „Aufwandsentschädigungen“ usw.; bitte nach Jahren, ab 1994, und nach Bundesländern auflisten)?

Daten zu den Ausgaben für die einzelnen Arten der Leistungen nach dem AsylbLG werden immer für ein gesamtes Jahr erhoben, während zum Bestand an Empfängern jeweils nur die Daten für das Ende eines Jahres vorliegen. Daher liegen keine Angaben zu den Ausgaben pro Leistungsempfänger, sondern nur insgesamt pro Leistungsart vor.

Im Jahr 2006 betragen die Bruttoausgaben für Leistungen nach dem AsylbLG insgesamt 1,165 Mrd. Euro, davon für:

Leistungen in besonderen Fällen	§ 2	312,2 Mio. Euro (26,8 Prozent)
Grundleistungen	§ 3	596,7 Mio. Euro (51,2 Prozent)
Leistungen bei Krankheit etc.	§ 4	225,6 Mio. Euro (19,4 Prozent)
Arbeitsgelegenheiten	§ 5	8,5 Mio. Euro (0,7 Prozent)
Sonstige Leistungen	§ 6	22,1 Mio. Euro (1,9 Prozent)

Die Angaben für die Jahre 1994 und 2000 sowie für die einzelnen Länder finden sich in den Tabellen des Anhangs 1. Die Ausgaben nach § 1a AsylbLG werden nicht gesondert erfasst.

2. Wie hoch waren die nach dem AsylbLG jährlich erbrachten Leistungen seit 1994, wie viele Personen waren jeweils leistungsberechtigt, und wie hoch war im jeweiligen Jahr die durchschnittliche, monatlich pro Person gewährte Hilfe (bitte auch nach Bundesländern differenzieren)?
 - a) Welche Erkenntnisse zur Altersstruktur, dem Aufenthaltsstatus, dem Geschlecht und der Aufenthaltsdauer der Leistungsempfänger und Leistungsempfängerinnen hat die Bundesregierung (bitte auch rückblickend nach Jahren differenzieren)?

Die gewünschten Zahlen für die Jahre 1994, 2000 und 2006 und die einzelnen Länder finden sich in den Tabellen der Anhänge 2 (Altersstruktur, Aufenthaltsstatus und Geschlecht) und 3 (Dauer der Leistungsgewährung nach Geschlecht und Alter).

- b) Welche Erkenntnisse liegen ihr zur Zahl der Unterbringungen von Leistungsempfängern und Leistungsempfängerinnen in Massenunterkünften bzw. in Privatwohnungen vor (bitte möglichst auch rückblickend nach Jahren und nach Bundesländern differenzieren)?

Die gewünschten Zahlen für die Jahre 1994, 2000 und 2006 und die einzelnen Länder finden sich für die Regelleistungsempfänger in den anliegenden Tabellen des Anhangs 4. Zusätzliche Daten für die Grundleistungsempfänger sind in den Tabellen des Anhangs 5 dargestellt.

- c) Wie hoch sind die Unterbringungskosten durchschnittlich bei einer Unterbringung in Massenunterkünften bzw. in Privatwohnungen (bitte nach Bundesländern differenzieren)?

Dazu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor; soweit die Länder sich dazu geäußert haben, weisen sie darauf hin, dass dies von den Umständen des Einzelfalls abhängig sei und im Übrigen die Kommunen dafür zuständig seien.

- d) Welcher Anteil/Betrag der Grundleistungen soll jeweils für Ernährung und Getränke, für Haushaltsenergie/Haushaltsverbrauchsgüter, Bekleidung usw.; welcher Anteil/Betrag der Bargeldleistungen soll jeweils für Telefonkosten, Verkehrsmittel, Lesestoff, Genussmittel usw. verwandt werden (bitte nach Altersgruppen differenzieren); und welche Unterschiede gibt es diesbezüglich bei der praktischen Anwendung in den einzelnen Bundesländern (etwa: unterschiedlich pauschalisierte Kürzungen bei einer Unterbringung in Massenunterkünften bezüglich der Haushaltsenergiekosten)?

Die Ausgabenstatistik zum AsylbLG erfasst lediglich die Ausgaben der Träger für einzelne Leistungsarten und die generelle Form der Leistung (Sach- oder Geldleistung), nicht aber die Konsumstruktur der Leistungsempfänger. Der Bundesregierung liegen daher keine Angaben zu dieser Frage vor.

- e) Welche Berechnungen, empirischen Erhebungen oder andere Erkenntnisquellen führten zur genauen Bestimmung der Höhe der Regelsätze nach dem AsylbLG im Jahr 1993, und hält die Bundesregierung die Bedarfssätze nach dem AsylbLG aktuell immer noch für ausreichend, angemessen und richtig bestimmt, trotz der Inflation seit 1993?

Welche Methode der Berechnung verwendet sie dabei (Warenkorb, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – EVS – oder andere Modelle), und welche konkreten Abzüge werden gegebenenfalls in den einzelnen Abteilungen der EVS mit welcher Begründung vorgenommen?

- f) Wie wird bei der Bedarfsberechnung berücksichtigt, dass üblicherweise auf die Verbrauchsausgaben, das Verbraucherverhalten und die Lebenshaltungskosten der untersten 20 Prozent der nach ihrem Nettoeinkommen geschichteten Haushalte abgestellt wird, während auf das Sachleistungsprinzip verwiesene Leistungsempfänger und Leistungsempfängerinnen höhere Ausgaben haben müssen, da sie mangels Bargeld nicht oder nur begrenzt Zugang zu billigen Discount-Geschäften oder Wochenmärkten haben?

Die Bestimmung der Höhe der Grundleistungen im AsylbLG erfolgte 1993 auf der Grundlage von Kostenschätzungen. Dabei war durch die Ergebnisse der Verhandlungen zu Asyl und Zuwanderung vom 6. Dezember 1992 u. a. vorgegeben, dass der Mindestunterhalt während des Asylverfahrens deutlich abgesenkt zu den Leistungen nach dem damaligen Bundessozialhilfegesetz bestimmt werden sollte.

Zur Frage der Bestimmung der Höhe der Leistungen nach dem AsylbLG lässt sich die Bundesregierung von folgenden Überlegungen leiten:

Zum 1. Juli 1993 lag der sozialhilferechtliche Eckregelsatz rechnerisch bei einem Durchschnitt von 260,25 Euro. Seit 1. Juli 2007 liegt der Eckregelsatz bei 347 Euro. Für die Bewertung dieser Steigerung ist zu berücksichtigen, dass frühere einmalige Leistungen in den Regelsatz des SGB XII einbezogen worden sind. Im AsylbLG hat sich demgegenüber der Umfang der Gewährung sonstiger Leistungen nicht geändert. Ein direkter Vergleich ist daher nicht aussagekräftig.

Bei der Betrachtung des Anstiegs der allgemeinen Verbraucherpreise um 21,9 Prozent von 1994 bis 2007 (s. Antwort zu Frage 9a) ist zu berücksichtigen, dass in dieser Verbraucherpreisentwicklung auch Gütergruppen, wie z. B. Kosten der Unterkunft, Benzin und Heizöl enthalten sind, die für die Bedarfsbemessung nach dem AsylbLG entweder nicht relevant sind oder für die der Bedarf in Höhe der tatsächlichen Kosten gedeckt wird.

- g) Wie viele (potentiell) Leistungsberechtigte sind aufgrund eigener Erwerbstätigkeit ganz oder teilweise nicht auf Leistungen nach dem AsylbLG angewiesen bzw. wie viele Menschen mit einer Duldung bzw. Aufenthaltsgestattung erhielten eine Arbeitserlaubnis für eine Beschäftigung bzw. einen Aufenthaltstitel, der die Beschäftigung erlaubt (bitte nach Jahren, ab 1994, und nach Bundesländern differenzieren)?

Erhebungen über die Anzahl der Arbeitserlaubnisse von Personen mit einer Duldung bzw. Aufenthaltsgestattung liegen nicht vor.

- h) Welche Grundsätze/Standards/praktische Regelungen gelten neben § 3 Abs. 1 Satz 5 AsylbLG bei der Gewährung von Leistungen nach dem AsylbLG an Leistungsberechtigte in Abschiebungshaft (bitte nach Bundesländern differenzieren)?

Hierzu liegen der Bundesregierung nur vereinzelt Erkenntnisse vor.

In **Rheinland-Pfalz** wird Abschiebungshaft nach § 62 Aufenthaltsgesetz in einer speziellen Abschiebungshafteinrichtung, der so genannten Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige (GfA) in Ingelheim, in der Zuständigkeit des Ministeriums des Innern und für Sport vollzogen. Lediglich in Ausnahmefällen kann diese auch im Wege der Amtshilfe in Justizvollzugsanstalten vollzogen werden. Gemäß § 5 Absatz 3 des rheinland-pfälzischen Landesaufnahmegesetzes gewährt die Gewahrsamseinrichtung den dort Untergebrachten während des Aufenthalts Leistungen entsprechend den nach dem AsylbLG vorgesehenen Hilfen, d.h. die Leistungsberechtigten erhalten neben dem Geldbetrag nach § 3 Abs. 1 Satz 5 AsylbLG Leistungen in Form von Sachleistungen. Die Leistungsgewährung beinhaltet neben Verpflegung, Kleidung und Unterkunft auch die Gewährung von Krankenhilfe. Außerdem wird eine soziale Betreuung der Insassen vom landeseigenen Sozialdienst, aber auch von Wohlfahrtsverbänden und Kirchen angeboten.

Aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Rheinland-Pfalz und dem Saarland aus dem Jahr 1999 werden die saarländischen Abschiebehäftlinge in der Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige Rheinland-Pfalz (in Ingelheim) untergebracht.

In **Brandenburg** erfolgt der Vollzug der Abschiebungshaft auf der Grundlage des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes vom 19. März 1996 (AbschhVG). Das AbschhVG legt für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung Mindeststandards fest. Den Vorgaben in § 3 Abs. 1, §§ 4 ff. AsylbLG wird entsprochen. Die Unterbringung erfolgt in Hafträumen, die im Höchstfall mit drei Personen belegt sind. Jeder Haftraum verfügt über eine Sanitärzelle mit WC sowie

Waschbecken. Die Hafträume sind darüber hinaus jeweils mit einem Fernsehgerät ausgestattet (Empfang fremdsprachiger Programme möglich). Hafttypisch wird Vollverpflegung gewährt, auf kulturelle oder weltanschauliche Besonderheiten wird nach Möglichkeit Rücksicht genommen. Körperpflegemittel werden gestellt. Es besteht eine zusätzliche Einkaufsmöglichkeit für Nahrungs- und Körperpflegemittel. Bei Bedarf wird Kleidung gestellt. Die medizinische Betreuung erfolgt durch eine Krankenschwester sowie einen zweimal in der Woche anwesenden Vertragsarzt. Bei Bedarf stehen darüber hinaus niedergelassene Ärzte sowie Krankenhäuser zur Verfügung. Die psychosoziale Betreuung erfolgt durch Sozialarbeiter (teilweise mit fremdsprachlichen Kenntnissen), die religiöse Betreuung durch Seelsorger der evangelischen und der katholischen Kirche. Es stehen Sport- und Freizeiträume sowie eine Bibliothek mit fremdsprachiger Literatur zur Verfügung.

3. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie hoch der Anteil der in Sach- bzw. in Geldleistungsform gewährten Grundleistungen ist (bitte nach Jahren, ab 1994, und nach Bundesländern differenzieren)?
- a) In welchen Bundesländern erfolgt derzeit die Leistungsgewährung grundsätzlich (oder überwiegend) in Geld- statt in Sachleistungsform?

Zahlen zu den Empfängern von Sach- und Geldleistungen für die Jahre 1994, 2000 und 2006 finden sich in den Tabellen des Anhangs 5.

Zahlen zu den Ausgaben nach Form der Leistung (Sach- oder Geldleistung) sind dem Anhang 6 zu entnehmen.

- b) In welchen Bundesländern wird überwiegend oder grundsätzlich das Wohnen in Privatwohnungen gestattet, und nach welchen Kriterien erfolgt eine Mietkostenübernahme bzw. in welchen ist dies kategorisch oder bis auf besondere Ausnahmefälle mit welcher Begründung ausgeschlossen?

Die amtliche Statistik differenziert lediglich zwischen Aufnahmeeinrichtung, Gemeinschaftsunterkunft und dezentraler Unterbringung. Nach Angaben der Länder ergibt sich Folgendes:

Baden-Württemberg: Nach § 3 AsylbLG ist auch die Unterkunft als Sachleistung zu gewähren. Die vorläufige Unterbringung erfolgt in den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg grundsätzlich in Gemeinschaftsunterkünften. Eine Unterbringung außerhalb einer Gemeinschaftseinrichtung ist in besonders begründeten persönlichen Härtefällen möglich.

Bayern: Leistungsberechtigte nach § 1 AsylbLG werden in Bayern in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht (Art. 4 Abs. 1 des Aufnahmegesetzes – AufnG), sofern sie nicht (mehr) verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen.

Abweichend von dieser Regel kann nach Art. 4 Abs. 4 AufnG im begründeten Ausnahmefall der Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft gestattet werden. Die Unterbringung außerhalb der Gemeinschaftsunterkunft stellt die absolute Ausnahme dar. Für die Gestattung der privaten Wohnungsnahme müssen wichtige Gründe vorliegen. Die drei wichtigsten Fälle, in denen demnach eine private Wohnungsnahme ausnahmsweise und im Einzelfall gestattet werden kann, sind:

- Krankheit, wenn durch (amts-)ärztliche Atteste belegt ist, dass gesundheitliche Beeinträchtigungen vorliegen, die zwingend gegen eine Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft sprechen
- wenn der Leistungsberechtigte über ein so hohes (Erwerbs-)Einkommen und/oder Vermögen verfügt, dass er den gesamten Lebensunterhalt für sich und (sofern vorhanden) seine Familie tragen kann

- familiäre Gründe (z. B. Familien mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus der Familienmitglieder).

Darüber hinaus sind weitere Gründe ähnlichen Gewichts vorstellbar. In diesen Fällen liegt die Gestattung des Auszugs im Einzelfallermessen der zuständigen Bezirksregierung. Bei Wegfall der Gründe für die Gestattung der privaten Wohnungsanmietung muss der (Wieder-)Einzug in die Gemeinschaftsunterkunft erfolgen.

Berlin: In Berlin haben neben den Leistungsberechtigten nach § 2 AsylbLG auch Leistungsberechtigte nach § 3 AsylbLG die Möglichkeit, im sozialhilfrechtlichen Sinne angemessenen Wohnraum anzumieten, soweit im konkreten Einzelfall die Wohnungsanmietung kostengünstiger ist als die Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft.

Hiervon sind ausschließlich Personen mit nach § 1a AsylbLG eingeschränktem Leistungsanspruch ausgenommen, für die die Wohnungsanmietung nur im Ausnahmefall zugelassen wird.

Brandenburg: Im Durchschnitt der vergangenen Jahre lebten ca. 50 Prozent der Leistungsberechtigten außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen oder nahmen keine Unterkunftsleistungen in Anspruch. Die Unterkunftsleistungen wurden als Sachleistung erbracht.

Bremen: Während der ersten 36 Monate des Aufenthalts besteht die Verpflichtung, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu leben. Danach wird in Bremen das Wohnen in Wohnungen gestattet. Die Mietkostenübernahme erfolgt analog der Maßstäbe für Leistungsbezieher nach dem SGB XII.

Hamburg: In Hamburg ist das Wohnen in privaten Wohnungen für Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG grundsätzlich gestattet. Bei den sonstigen Leistungsberechtigten gilt dies nur in besonderen Ausnahmefällen. Die liegen z. B. bei gesundheitlichen Einschränkungen vor, wenn diese nachweislich eine Unterbringung in öffentlichen Unterkünften unmöglich machen.

Familien, die als Wohnungsnotfall anerkannt sind bzw. einen Wohnberechtigungsschein (sog. § 5-Schein) vorlegen, ist das Wohnen im privaten Wohnraum ebenfalls gestattet. Des Weiteren sind Zuzüge zu Familienangehörigen möglich.

Die Mietkostenübernahme erfolgt nach den für die Übernahme der Kosten der Unterkunft nach § 29 SGB XII geltenden Kriterien.

Hessen: In Gemeinschaftsunterkünften werden in der Regel nur allein stehende Personen (vor allem Männer) untergebracht. Nur bei Unabhängigkeit von Leistungen aufgrund eigenen Einkommens können von Alleinstehenden Privatwohnungen angemietet werden. Die Unterbringung von Familien erfolgt dagegen weitgehend in Privatunterkünften.

Mecklenburg-Vorpommern: Die Unterbringung von Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG erfolgt unter Berücksichtigung der Soll-Vorschrift des § 53 Abs. 1 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG). Ausnahmen von der darin vorgesehenen Regelunterbringung in Gemeinschaftsunterkünften sind möglich, wenn besondere Belange des Ausländers vorliegen, die es rechtfertigen, von der Soll-Vorschrift abzuweichen. Hierüber entscheiden die Landkreise und kreisfreien Städte, denen die Durchführung des AsylbLG als Aufgabe des übertragenen Wirkungsbereiches obliegt, auf Antrag im Einzelfall.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind rd. 44 Prozent der im Land aufhältigen Asylbewerber und ehemaligen Asylbewerber mit Duldung (einschl. der Leistungsberechtigten nach § 1 Abs. 1 Nr. 4, 6 und 7 AsylbLG) in Wohnungen und rd. 56 Prozent dieses Personenkreises in kommunalen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.

Hinsichtlich der Mietkostenübernahme bei der Unterbringung in Wohnungen orientieren sich die Leistungsträger an den Richtwerten, die die örtlichen Träger der Sozialhilfe in ihrem Zuständigkeitsbereich für Sozialhilfeempfänger festgelegt haben.

Für den Personenkreis nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 AsylbLG liegen hier hinsichtlich der Art der Unterbringung keine statistischen Angaben vor.

Niedersachsen: Auf kommunaler Ebene werden insgesamt 86 Wohnheime bzw. Gemeinschaftsunterkünfte mit einer Kapazität von insgesamt 4.038 Plätzen betrieben. Zum Stichtag

1. Mai 2007 wurden hiervon 2 213 Plätze in Anspruch genommen, wobei die Unterbringung dabei insbesondere unter Berücksichtigung des § 53 Abs. 1 AsylVfG erfolgt. Darüber hinaus betreibt das Land Niedersachsen an den Standorten Braunschweig, Oldenburg und Bramsche Einrichtungen, die multifunktional als Aufnahmeeinrichtung und als Gemeinschaftsunterkunft genutzt werden. Die Gesamtkapazität beträgt 1 650 Plätze. Der überwiegende Teil der Leistungsempfänger wird jedoch in Privatwohnungen untergebracht. Der Unterkunftsbedarf ist unter Berücksichtigung des Aufenthaltsstatus und nach den Besonderheiten des Einzelfalles im Regelfall deutlich geringer zu bemessen als der Unterkunftsbedarf nach dem SGB XII. Während beim SGB XII der Bedarf für eine „angemessene Wohnung“ sozialhilferechtlich durch Übernahme der angemessenen Miete zu decken ist, stellt § 3 AsylbLG auf die „notwendigen Kosten“ für Unterkunft und Heizung ab.

Nordrhein-Westfalen: Die Entscheidung über die Form der Leistungsgewährung und die Form der Unterbringung obliegt den Kommunen im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung. Angaben hierzu können daher nicht gemacht werden.

Rheinland-Pfalz: In Rheinland-Pfalz sind die Kommunen verpflichtet, Asylbegehrende und Flüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen; sie erfüllen diese Aufgaben als Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung. Zuständige Behörden für die Durchführung des AsylbLG sind nach den Vorschriften des rheinland-pfälzischen Landesaufnahmegesetzes ebenfalls die Kommunen; die Landkreise und die kreisfreien Städte erfüllen diese Aufgaben im Übrigen ebenfalls als Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung.

Saarland: Asylbewerber, die nicht mehr verpflichtet sind, in der Aufnahmeeinrichtung des Landes zu wohnen und damit gemäß § 50 AsylVfG innerhalb des Saarlandes auf die Kommunen verteilt werden könnten, verbleiben im Regelfall bis zum Abschluss des Asylverfahrens in den Landesunterkünften. Denn aufgrund des Ministerratsbeschlusses vom 8. Februar 1994 erfolgt im Saarland seit 1. März 1994 grundsätzlich keine Verteilung von Asylbewerbern mehr auf die Gemeinden (so genannter Verteilungsstopp).

Von diesem Grundsatz wird nur in begründeten Ausnahmefällen abgewichen, wenn der Asylbewerber z. B. aufgrund seiner gesundheitlichen Situation besonderen Gefahren in der Gemeinschaftsunterkunft des Landes ausgesetzt ist.

Soweit Asylbewerber in den o. g. Ausnahmefällen nicht mehr verpflichtet sind, in den Landesunterkünften zu leben, ist ihnen das Wohnen in privaten Wohnungen im gesamten Landesgebiet grundsätzlich gestattet.

Sachsen: Die Unterbringung erfolgt entsprechend § 53 AsylVfG in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften. Eine dezentrale Unterbringung ist aus gesundheitlichen oder humanitären Gründen und nach amtsärztlicher Empfehlung möglich. Mietkosten werden in der Regel in angemessener Höhe erstattet. Einige Kommunen erstatten lediglich die Höhe der Kosten für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften.

Sachsen-Anhalt: Die Unterbringung eines Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG, der nicht mehr verpflichtet ist, in einer Aufnahmeeinrichtung im Sinne des § 44 AsylVfG zu wohnen, soll in der Regel in einer Gemeinschaftsunterkunft erfolgen (§ 53 Abs. 1 AsylVfG). Eine entsprechende Unterbringung wird in Sachsen-Anhalt im Wesentlichen praktiziert. In einigen Kommunen erfolgt aber auch eine Unterbringung in Wohnungen. Eine Mietkostenübernahme liegt dabei in kommunaler Zuständigkeit. Eine Übersicht über im Einzelnen zugrunde gelegte Kriterien wird nicht geführt.

Schleswig-Holstein: Zum Stichtag 31. Dezember 2007 hielten sich in Schleswig-Holstein 4.517 Leistungsempfänger nach AsylbLG auf. Davon waren 3.754 Personen in dezentralen Unterkünften in den Ämtern und Gemeinden untergebracht. Dabei können die Leistungsempfänger vor Ort sowohl in Sammelunterkünften, als auch in privatem Wohnraum untergebracht sein. Eine weitergehende statistische Abfrage nach der konkreten Unterbringungsform findet nicht statt. Bei der Frage der Mietkostenübernahme orientieren sich die Ämter und Gemeinden in aller Regel an örtlichen Mietobergrenzen, die zumeist auch für Empfänger von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII gelten.

Thüringen: Die Unterbringung ausländischer Flüchtlinge erfolgt entsprechend § 2 Abs. 1 des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes durch die Landkreise und kreisfreien Städte in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften. Nach § 2 Abs. 3 des Gesetzes ist eine Einzelunterbringung unter bestimmten Bedingungen möglich. Sie kommt insbesondere für Familien und Alleinerziehende mit Kindern in Betracht.

- c) In welchen Bundesländern werden Leistungsempfänger und Leistungsempfängerinnen, die bereits in privaten Wohnungen leben, unter welchen Bedingungen gezwungen, die Wohnung zu kündigen und in einer Massenunterkunft zu leben?

Gelten jeweils Sonderbestimmungen z. B. für Familien mit Kindern, und wie bewertet die Bundesregierung eine solche Praxis angesichts der Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, der Menschenwürde, des Persönlichkeitsrechts und des Vertrauensschutzes?

In einer Reihe von Ländern liegen zu dieser Frage keine Erkenntnisse vor (BW, BB, NW, RP), sind konkrete Fälle nicht bekannt (NI, TH, SN) oder Umzüge nicht bzw. in der Regel nicht vorgesehen (HB, HH, HE, SL).

Bayern: Sobald die Gründe für die Gestattung der privaten Wohnungsnahme entfallen sind, ist der Leistungsberechtigte verpflichtet, (wieder) in die Gemeinschaftsunterkunft einzuziehen (Art. 4 Abs. 1 und 4 AufnG i. V. m. §§ 1 und 3 ff. AsylbLG).

Berlin: In Berlin kann der Umzug aus der Wohnung in eine Gemeinschaftsunterkunft veranlasst werden, wenn Leistungsberechtigte die Voraussetzungen des § 1a AsylbLG erfüllen und im konkreten Einzelfall die Wohnungsunterbringung nicht unabweisbar geboten erscheint.

Sachsen-Anhalt: In Einzelfällen wurden bisher in Wohnungen untergebrachte Leistungsempfänger wieder zur Wohnsitznahme in einer Gemeinschaftsunterkunft verpflichtet. Dabei wurde jeweils das private Interesse der Betroffenen an der Wohnungsunterbringung gegen das öffentliche Interesse (u. a. auch Kostengesichtspunkte) abgewogen. Sonderregelungen wurden in dieser Hinsicht in Sachsen-Anhalt nicht erlassen.

Schleswig-Holstein: Im Wege der Amtshilfe für schleswig-holsteinische Ausländerbehörden werden in Einzelfällen geduldete, vollziehbar ausreisepflichtige und bereits verteilte Ausländerinnen und Ausländer aus bestimmten Herkunftstaaten in einer Gemeinschaftsunterkunft für Ausreisepflichtige des Landes auf-

genommen, sofern deren Verhalten darauf abzielt, sich ihrer Ausreisepflicht zu entziehen. Die sorgfältige Einzelfallprüfung stellt eine Berücksichtigung der berechtigten Belange der Betroffenen sicher. Familien mit minderjährigen Kindern sind von dieser Amtshilfemöglichkeit nicht betroffen.

Nach diesen Angaben handelt es sich – soweit es überhaupt vorkommt – um vereinzelte Fälle, die nach einer entsprechenden sorgfältigen Prüfung entschieden wurden und werden. Nach Ansicht der Bundesregierung handeln die Länder dabei im Rahmen des von Seiten der Bundesregierung nicht zu überprüfenden Vollzugsermessens, das den Ländern nach Artikel 83 GG eingeräumt ist.

- d) In welchen Bundesländern erhalten Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG, die in einer Massenunterkunft leben, unter Hinweis auf Absatz 2 des § 2 AsylbLG grundsätzlich (d. h. ohne einzelfallbezogene Prüfung der „örtlichen Umstände“, wie in Absatz 2 vorgesehen) Sachleistungen, und ist diese Praxis nach Auffassung der Bundesregierung mit dem Gesetz vereinbar (bitte begründen)?

Nach Angaben der Länder ergibt sich Folgendes:

Baden-Württemberg: Während der vorläufigen Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften werden entsprechend dem Flüchtlingsaufnahmegesetz Baden-Württemberg Sachleistungen gewährt, soweit dies nach dem AsylbLG zulässig ist. Bei Empfängern von Leistungen nach § 2 AsylbLG sind somit die örtlichen Umstände zu berücksichtigen.

Bayern: Da die Leistung „Unterkunft“ als Sachleistung in Form der Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft in § 2 Abs. 2 AsylbLG vorgegeben wird, kann sich die Befugnis zur Bestimmung der Form der Leistungen nur auf sämtliche Leistungen jenseits der Unterbringung beziehen, also insbesondere auf Ernährung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflegemittel und die Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haushalts. Die Unterkunft wird gemäß Art. 4

Abs. 1 AufnG in der Regel durch die Bereitstellung eines Platzes in einer Gemeinschaftsunterkunft als Sachleistung gewährt. Die Form der anderen Leistungen als der Unterkunft ist innerhalb der einzelnen Gemeinschaftsunterkunft aufgrund der örtlichen Umstände für alle dort untergebrachten Personen einheitlich zu regeln. Grundsätzlich gilt, dass Leistungsberechtigte, die in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht sind, weiterhin Sachleistungen erhalten.

Folgende Gesichtspunkte sprechen regelmäßig für eine Gewährung von Sachleistungen in Gemeinschaftsunterkünften: Logistische Voraussetzungen, Möglichkeit einer einheitlichen Bestellung bei einer Lieferfirma, Kosten, Vermeidung von Neid unter den Bewohnern, möglichst einheitlicher Vollzug des AsylbLG für alle Leistungsberechtigten. Diese Aspekte sind bei der Bestimmung der Form durch die zuständige Behörde zu berücksichtigen.

Berlin: In Berlin existiert keine Vorgabe, die die Sachleistungsgewährung an Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, vorsieht.

Brandenburg: Die Unterkunftsleistungen werden als Sachleistungen erbracht.

Bremen: Sofern Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG in Gemeinschaftsunterkünften leben, werden die Unterkunftsleistungen als Sachleistung erbracht.

Hamburg: § 2 AsylbLG-Leistungsberechtigte erhalten in Hamburg grundsätzlich keine Sachleistungen.

Hessen: Unter Hinweis auf die Vorgabe in § 53 AsylVfG, wonach Asylbewerber grundsätzlich in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden sollen, ist auch die Unterbringung von Leistungsberechtigten nach § 2 AsylbLG in Gemeinschaftsunterkünften möglich. Inwieweit dort weitergehende Sachleistun-

gen zu gewähren sind, ist im Einzelfall zu prüfen. In der Regel werden in diesen Fällen Barleistungen gewährt.

Mecklenburg-Vorpommern: In Mecklenburg-Vorpommern erhalten Leistungsberechtigte im Sinne von § 2 AsylbLG den notwendigen Bedarf an Unterkunft und Heizung in Form von Sachleistungen. Für die Versorgung mit den übrigen Leistungen, die in entsprechender Anwendung des § 27 Abs. 1 und 2 SGB XII zum notwendigen Lebensunterhalt gehören, werden Geldleistungen gewährt. Ausgenommen hiervon sind Leistungsberechtigte, die unwirtschaftlich mit Barmitteln umgehen. Diese Personen erhalten anstelle von Geldleistungen Wertgutscheine, wobei eine Restgeldrückgabe in Höhe von 10 Prozent des Gutscheinwertes gesichert ist.

Niedersachsen: Nach der Asylbewerberleistungsstatistik lebten in Niedersachsen im Jahr 2006 insgesamt 9.759 Leistungsempfänger nach § 2 AsylbLG, davon 671 in Gemeinschaftsunterkünften. Inwieweit dieser Personenkreis über die Unterkunft hinaus Sachleistungen erhalten hat, ist nicht bekannt.

Nordrhein-Westfalen: Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG erhalten in Nordrhein-Westfalen nicht grundsätzlich Sachleistungen.

Rheinland-Pfalz: Den in Landeseinrichtungen untergebrachten Leistungsberechtigten werden ausschließlich Sachleistungen (mit Ausnahme des Geldbetrages nach § 3 Abs. 1 Satz 4 AsylbLG) gewährt.

Saarland: Im Saarland werden auch den in den Landesunterkünften lebenden Leistungsberechtigten nach § 2 AsylbLG regelmäßig Sachleistungen gewährt. Zusätzlich erhalten diese Personen ein „erhöhtes Taschengeld“, welches sich aus der Differenz zwischen den Regelsätzen der Sozialhilfe und den in § 3 AsylbLG geregelten Wertsätzen ergibt. Das Vorliegen der besonderen Umstände im Sinne des § 2 Abs. 2 AsylbLG ist bzw. wird durch das Landesverwaltungsamt geprüft. Die Prüfung der Bewertungsmaßstäbe führt in den jeweiligen Einzelfällen allerdings aufgrund der gleichen Grundsituation in den Landesunterkünften regelmäßig zum gleichen Ergebnis.

Sachsen: Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG können bei Vorliegen einzelfallbezogener Umstände Barleistungen erhalten (s. Antwort zu Frage 3a).

Sachsen-Anhalt: Abgesehen von der landeseigenen Einrichtung erhalten Leistungsberechtigte in der Regel Geldleistungen. In der landeseigenen Erstaufnahmeeinrichtung nach § 44 Abs. 1 AsylVfG, deren Räumlichkeiten auch für eine Ausreisereinrichtung sowie als Gemeinschaftsunterkunft genutzt werden, werden mit Ausnahme des Geldbetrages zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens nach § 3 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG ausschließlich Sachleistungen gewährt.

Schleswig-Holstein: Zum Stichtag 31. Dezember 2007 erhielten 2.372 Personen Leistungen nach § 2 AsylbLG. Es ist nicht bekannt, ob einzelne dieser Personen Sachleistungen erhalten haben.

Thüringen: Leistungen nach § 2 AsylbLG werden in Thüringen grundsätzlich in Form von Geldleistungen ausgezahlt. Soweit die betroffenen Leistungsberechtigten noch in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, erfolgt die Grundleistungserbringung nach § 2 Abs. 2 AsylbLG in der ortsüblichen Form und lediglich der diese Leistungen übersteigende Betrag wird als Geldleistung ausgezahlt.

Nach Ansicht der Bundesregierung obliegt die Bestimmung der Leistungsform auf Grund der örtlichen Umstände verfassungsrechtlich den zuständigen Behörden in den Ländern. Die Beurteilung der Rechtmäßigkeit des Gesetzesvollzugs obliegt den zuständigen Gerichten, nicht der Bundesregierung.

- e) Welche Mechanismen stellen nach Kenntnis der Bundesregierung sicher, dass von gemeinnützigen oder kommerziellen Anbietern erbrachte Leistungen in Massenunterkünften (vor allem Nahrungsmittel) ihrem Geldwert nach den Regelsätzen des AsylbLG entsprechen?

Nach Angaben der Länder ergibt sich Folgendes:

Baden-Württemberg: Die Form der Sachleistungsgewährung insbesondere bei Lebensmitteln kann vielfältig sein. Die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg stellen in jedem Fall eine bedarfsgerechte Verpflegung sicher.

Bayern: Es wird davon ausgegangen, dass die Fragestellung auf die Erbringung von Sachleistungen nach dem AsylbLG durch vertraglich hierzu verpflichtete nichtstaatliche Stellen ausgerichtet ist.

Nur wenn der notwendige Bedarf nach § 3 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG nicht als Sachleistung gewährt werden kann, können im gleichen Wert Geldleistungen gewährt werden. Das AsylbLG definiert in § 3 Abs. 2 Satz 1 und 2 demzufolge auch nicht in erster Linie den Wert der Sachleistungen, sondern den Wert der Ersatzleistungen. Ausschlaggebend ist also, dass durch die Gewährung von Sachleistungen der notwendige Bedarf eines Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG entsprechend § 3 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG sachgerecht, ausreichend und in ordnungsgemäßer Qualität gedeckt wird und nicht, dass die Leistung einen bestimmten Wert erreicht.

Im Übrigen wird im Fall einer Leistungserbringung durch Privatfirmen, wie dies beispielsweise beim Bedarf „Ernährung“ der Fall ist, durch Kontrollen der zuständigen Behörden sichergestellt, dass die Vorgaben des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit im Hinblick auf eine gesunde und ausgewogene Ernährung sowie von Qualität und Quantität der Lebensmittel eingehalten werden.

Berlin: In Berlin existiert innerhalb des gesamtstädtischen Quartiermanagements lediglich eine Sachleistungseinrichtung, die Zentrale Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber. Hier erfolgt keine Unterschreitung des Ernährungsanteils.

Brandenburg: Es liegen keine Erkenntnisse über Benachteiligungen von Leistungsberechtigten bezüglich ihrer Versorgung vor.

Bremen: Entfällt für Bremen, da Sachleistungen in Form von Nahrungsmitteln nur in der Landesaufnahmeeinrichtung (in der Regel für maximal drei Monate) gewährt werden.

Hamburg: In Hamburg werden die Leistungen für Ernährung, Hygieneartikel, Bekleidung sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgüter bei der Unterbringung außerhalb der Aufnahmeeinrichtung als Geldleistungen erbracht. Die Leistungsberechtigten erhalten den im Gesetz festgelegten Betrag, mit dem der notwendige Bedarf als abgedeckt gilt.

Hessen: Eine Gemeinschaftsverpflegung (Ausgabe von Essenspaketen oder frischen Mahlzeiten) wird seit langem weder in privat betriebenen noch in kommunaleigenen Gemeinschaftsunterkünften ausgegeben. Die Qualität der Gemeinschaftsunterkünfte selbst war bis zum Jahr 2000 in Hessen durch Verordnung geregelt. Die darin festgelegten Mindeststandards gelten für die kommunalen Gebietskörperschaften auch weiterhin als Richtwerte für den Betrieb der bestehenden Gemeinschaftsunterkünfte.

Mecklenburg-Vorpommern: In Mecklenburg-Vorpommern werden lediglich in der Aufnahmeeinrichtung des Landes – mit Ausnahme des sog. Taschengeldes nach § 3 Abs. 1 Satz 4 AsylbLG – die Grundleistungen nach § 3 Abs. 1 AsylbLG in Form von Sachleistungen gewährt. Dabei wird in jedem Einzelfall sichergestellt, dass der leistungsrechtliche Bedarf in vollem Umfang abgedeckt ist, wobei der in § 3 Abs. 2 Satz 2 AsylbLG bezifferte Wert – zumindest als Richtwert – Berücksichtigung findet.

Niedersachsen: Es ist Aufgabe der kommunalen Leistungsbehörden sicherzustellen, dass die Leistungen gemeinnütziger oder kommerzieller Anbieter, die aufgrund entsprechender vertraglicher Vereinbarungen in Gemeinschaftsunterkünften erbracht werden, ihrem Geldwert nach den Beträgen des § 3 Abs. 2 Satz 2 AsylbLG entsprechen. Die Zentralen Aufnahmebehörden des Landes, bei denen die als Sachleistungen gewährten Mahlzeiten ihrem Geldwert nach teilweise mehr als dem in den Beträgen des § 3 Abs. 2 Satz 2 AsylbLG vorgesehenen Anteil für Ernährung entsprechen, überprüfen die Einhaltung ihrer Rahmenverträge regelmäßig während der Essensausgabe. Darüber hinaus tagt ein Runder Tisch „Gemeinschaftsverpflegung“ unter Beteiligung der Bewohner der Einrichtung.

Saarland: Bei der Gewährung von Sachleistungen steht weniger die Frage im Vordergrund, ob die entstehenden Kosten den Geldwerten im AsylbLG entsprechen. Vielmehr muss sichergestellt werden, dass die gewährten Sachleistungen den leistungsrechtlichen Bedarf vollständig abdecken.

Ob die gelieferten Verpflegungspakete ihrem Preis nach günstiger oder ungünstiger sind als die Wertmaßstäbe im AsylbLG, lässt keinen Rückschluss auf die Qualität der gelieferten Lebensmittel zu. Vielmehr ist die Preisgestaltung das Ergebnis von marktwirtschaftlichen Prozessen. Angebot und Nachfrage bestimmen die Preise am Markt.

Der Liefervertrag, welcher die Verpflegung der in den saarländischen Landesunterkünften lebenden Asylbewerber und Flüchtlinge regelt, ist Folge und Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung. Bereits im Rahmen dieser Ausschreibung wurden bestimmte Qualitätsmaßstäbe festgeschrieben, die von den Anbietern zu erfüllen sind.

Sachsen: Die entsprechende Leistungsgewährung insbesondere im Rahmen der Paket- oder Magazinversorgung in Gemeinschaftsunterkünften wird dadurch sichergestellt, dass im Regelfall mit den kommerziellen Anbietern der Shop-Versorgung in den Gemeinschaftsunterkünften eine Preisbindung an den Verbraucherpreisindex vertraglich vereinbart wurde. Zudem erfolgt eine regelmäßige Kontrolle des bedarfsgerechten Warensortiments sowie der Preislisten für einzelne Produkte.

Sachsen-Anhalt: Aufgrund der Leistungsgewährung in Form von Geldleistungen erfolgt in den Kommunen keine Inanspruchnahme von gemeinnützigen oder kommerziellen Anbietern. Die Sachleistungsgewährung in der Landeseinrichtung ist darauf ausgerichtet, den in § 3 Abs. 1 AsylbLG normierten Bedarf zu decken. Inwieweit die in Absatz 2 bezifferten Beträge unter- oder überboten werden, dürfte dabei zweitrangig sein und ist vom jeweiligen Angebot abhängig.

Schleswig-Holstein: Die Entscheidung über die Leistungsform im Rahmen der Durchführung des § 3 AsylbLG ist per Erlass in das Ermessen der Leistungsbehörde vor Ort gestellt worden, denn dort ist man mit den örtlichen Gegebenheiten am besten vertraut. Vielfach werden die Grundleistungen aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung als Geldleistung in Form von Barschecks erbracht. Nur in den beiden Landesunterkünften werden generell Sachleistungen ausgegeben. Dabei achten die mit dem Betrieb der Liegenschaften beauftragten Wohlfahrtsverbände in Zusammenarbeit mit der örtlichen Leitung darauf, dass die gewährten Sachleistungen in etwa den jeweiligen Sätzen nach § 3 AsylbLG entsprechen. Es liegt aber auch auf der Hand, dass bei der Leistungsform „Sachleistung“ der Wert der gewährten Leistungen nicht centgenau den gesetzlich vorgegebenen Regelsätzen entsprechen kann. Leichte Abweichungen nach oben wie nach unten werden zu tolerieren sein.

Von **Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz** und **Thüringen** können keine Angaben gemacht werden.

4. Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung derzeit die durchschnittlichen monatlichen Mehrkosten pro Person infolge einer Leistungsgewährung in Sach- statt in Geldleistungsform (bitte nach Mehrkosten bei der Gewährung von Grundleistungen bzw. bei der Unterbringung differenzieren)?
 - a) Welche Argumente sieht die Bundesregierung auf ihrer Seite, die trotz der Mehrkosten und der integrationshemmenden Wirkung für eine Unterbringung in Massenunterkünften deutlich über einen kurzen Zeitraum nach der Einreise hinaus sprechen?

Zu möglichen Mehrkosten liegen der Bundesregierung keine aktuellen Erkenntnisse vor. Die pauschale Feststellung, dass die Gewährung von Sachleistungen etwa wegen eines erhöhten Verwaltungsbedarfs mit einem finanziellen Mehraufwand verbunden ist, ist nach Ansicht der Bundesregierung jedoch nicht richtig. Ob die Gewährung von Sachleistungen Mehraufwendungen erfordert oder sogar günstiger ist als die Auszahlung von Bargeld, ist abhängig von den konkreten Gegebenheiten vor Ort, insbesondere etwa der Art der Unterbringung der Leistungsberechtigten.

5. Wie definiert die Bundesregierung den Begriff eines „sozialen Integrationsbedarfs“ bzw. sozialer „Integrationsbedürfnisse“ (vgl. die in der Vorbemerkung zitierte Gesetzesbegründung), der bei Leistungsempfängern und Leistungsempfängerinnen nach dem AsylbLG in den ersten (vier) Jahren des Leistungsbezugs nicht bestehen soll, bzw. was versteht sie hierunter konkret?
 - a) Welche Bedürfnisse bzw. Anschaffungen des täglichen Lebens fallen hierunter (bitte möglichst konkrete Beispiele benennen)?
 - b) Was genau sind die „sozialen Integrationsbedürfnisse“ von Babys, Kleinkindern und Kindern (in der Antwort bitte differenzieren), die Kinder von Asylsuchenden und Geduldeten im Gegensatz zu deutschen Kindern nicht haben sollen, und wie begründet sich in diesen Fällen die entsprechende Leistungskürzung gegenüber den üblichen Regelsätzen nach SGB II bzw. XII?
 - c) Haben Menschen, die nach Auffassung der Behörden die Dauer ihres Aufenthalts „rechtsmissbräuchlich“ selbst beeinflusst haben, auch nach langjährigem Aufenthalt keine sozialen Integrationsbedürfnisse (bitte erläutern)?
 - d) Wie wird dem (Mehr-)Bedarf, den Menschen im Anwendungsbereich des AsylbLG typischerweise haben (etwa: Anwaltskosten, Kosten für Kontakte zum Herkunftsland, Dokumentenbeschaffung für Asylverfahren usw.), im Rahmen des AsylbLG bzw. bei der Berechnung der Bedarfssätze Rechnung getragen?

Die Fragen zu Buchstaben a – d werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Ziel der Sozialhilfe nach dem SGB XII ist es, hilfebedürftig gewordene Menschen dauerhaft in die Gesellschaft einzugliedern. Die Hilfe soll dabei so rechtzeitig einsetzen, dass Betroffene ihr soziales Umfeld nicht verlieren und als selbständig handelnde Menschen am Leben der Gesellschaft teilnehmen können. Die Sozialhilfe schließt dabei Lücken, die andere Sozialleistungssysteme offen lassen. Zu den tragenden Grundsätzen des Sozialhilferechts gehören die Individualisierung und der Nachrang der Sozialhilfe. Vor diesem Hintergrund richten sich Art, Form und Maß der Hilfe nach den Besonderheiten des Einzelfalles. Für den grundsätzlich feststellbaren Integrationsbedarf etwa von Migrantinnen und Migranten sei beispielhaft auf den Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung und die Darstellung dort verwiesen.

Das AsylbLG vereinfacht das Leistungsrecht der Sozialhilfe und stellt es auf die Bedürfnisse eines in aller Regel nur kurzen, vorübergehenden Aufenthaltes ab, beschränkt auf die Dauer der Durchführung des Asylverfahrens. Maßnahmen zur Integration der betroffenen Ausländerinnen und Ausländer in unsere Gesellschaft erfolgen i. d. R. erst nach Abschluss des Asylverfahrens.

6. Wie wird begründet, dass ein (sozialer) „Integrationsbedarf“ erst nach einem Zeitraum von einem, zwei, drei, vier oder mehr Jahren vorliegen soll (und vorher nicht)?
 - a) Gibt es wissenschaftliche Erkenntnisse zu dieser Frage, auf die sich die Bundesregierung stützt bzw. stützen kann, und wenn ja, welche?
 - b) Spielen bei der Bewertung von „sozialen Integrationsbedürfnissen“, denen bei der Sicherung des Existenzminimums Rechnung getragen werden muss, nicht auch individuelle Faktoren wie: Voraufenthalte, vorhandene Sprachkenntnisse, Alter, soziale/persönliche Kontakte usw. eine entscheidende Rolle, und weshalb werden diese im AsylbLG nicht berücksichtigt?

Antwort zu Buchstaben a und b:

Die Bestimmung und Änderung des Zeitraums des abgesenkten Leistungsbezugs erfolgte durch den Gesetzgeber. Dabei wurde die Zumutbarkeit der Dauer eines Ausschlusses von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unter Berücksichtigung der Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein mit den Erfahrungen bei der Anwendung des AsylbLG sowie im Hinblick auf noch nicht verfestigte Aufenthaltsrechte der Betroffenen abgewogen.

- c) Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass es verfassungsrechtlich zulässig ist, Geduldeten und Asylsuchenden zeitlich unbefristet ein geringeres Existenzminimum zuzugestehen, auch wenn die Dauer des Aufenthalts von den Betroffenen nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst wird (bitte begründen), bzw. wie bewertet sie die entsprechende Gesetzesinitiative des Landes Niedersachsen (Bundesratsdrucksache 36/07) und andere politische Forderungen zur zeitlichen „Entfristung“ des AsylbLG?

Die Bundesregierung hat diesem Vorschlag ausweislich der Bundestagsdrucksache 16/5527 vom 30. Mai 2007 nicht zugestimmt (Gegenäußerung der Bundesregierung zu Nr. 33).

7. Warum wird die Frist, ab der „soziale Integrationsbedürfnisse“ anzuerkennen und Leistungen nach § 2 AsylbLG entsprechend SGB XII zu gewähren sind, von der Bezugsdauer von Leistungen nach § 3 AsylbLG abhängig gemacht und nicht von der tatsächlichen Aufenthaltsdauer, so dass z. B. auch jahrelang Erwerbstätige dem AsylbLG unterliegen, selbst wenn sie sozial integriert sind?

Der Gesetzgeber hat bewusst nicht an die Dauer des Aufenthalts, sondern an den Bezug von Leistungen angeknüpft, der auch nicht ununterbrochen stattgefunden haben muss. Damit sollte vermieden werden, dass Leistungsberechtigte eine Erwerbstätigkeit deshalb nicht wahrnehmen, weil ihnen durch die Unterbrechung des Bezugs von Grundleistungen die bisherigen Zeiten des Leistungsbezugs im Hinblick auf die Frist des § 2 Abs. 1 AsylbLG verloren gingen.

- a) Wie ist es zu begründen, dass wegen des Wortlautes von § 2 Abs. 1 AsylbLG (Anknüpfung an den Leistungsbezug nach § 3 AsylbLG) neu geborenen Kindern von Leistungsberechtigten nach § 2 AsylbLG für

vier Jahre nur gekürzte Leistungen nach § 3 AsylbLG gewährt werden, obwohl bei den Eltern von einer sozialen Integration ausgegangen wird?

Wie ist diese Praxis mit der Gesetzesbegründung vereinbar, wonach minderjährigen Kindern innerhalb einer Familie keine anderen Leistungen gewährt werden sollen als ihren in einer Haushaltsgemeinschaft lebenden Eltern (vgl. Bundestagsdrucksache 13/2746, S. 16)?

§ 2 Abs. 3 AsylbLG bezweckt, dass innerhalb einer Familie keine leistungsrechtliche Besserstellung der minderjährigen Kinder erfolgt, zum Beispiel „auch wenn es möglich ist, für sie einen anderen aufenthaltsrechtlichen Status zu erlangen, als für die Eltern“ (s. Bundestagsdrucksache 13/2746, S. 16 am Ende des von den Fragestellern in Bezug genommenen Absatzes). Eine solche Besserstellung wurde vom Gesetzgeber wegen des gemeinsamen Schutzanliegens von Eltern und Kindern für den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland als sachlich nicht gerechtfertigt angesehen. Damit korrespondiert, dass der Vorschrift kein Anspruch von Familienangehörigen, also auch nicht von Neugeborenen, zu entnehmen ist, familieneinheitlich die höheren Leistungen zu bekommen, die ein Familienmitglied nach § 2 Abs. 1 AsylbLG erhält (s. Beschluss des BVerwG v. 28.09.2001 – 5 B 94/00). Auch Neugeborene müssen daher nach dem Wortlaut des § 2 Abs. 1 AsylbLG zunächst 48 Monate Leistungen nach § 3 AsylbLG erhalten.

- b) Plant die Bundesregierung bezüglich der Fragen zu a) und b) Gesetzesänderungen, auch in Hinblick auf die Entscheidung des Landessozialgerichts NRW (B. v. 26. April 2007, L 20 B 4/07 AY ER), mit der die Zweckwidrigkeit des Wortlauts von § 2 Abs. 1 AsylbLG aufgezeigt wird, und wenn nein, warum nicht?

Der Beschluss des Landessozialgerichts NRW erging im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes und somit lediglich nach einer summarischen Prüfung. Nach Ansicht der Bundesregierung ist der Wortlaut des § 2 AsylbLG, der auf einen Leistungsbezug und nicht auf eine Aufenthaltsdauer abstellt, eindeutig. Der Wortlaut entspricht auch dem Sinn und Zweck der Regelung (s. o.). Ein Änderungsbedarf ergibt sich daher nicht.

8. Welche Überlegungen führten zur Verlängerung der Wartefrist nach § 2 Abs. 1 AsylbLG im Rahmen des EU-Richtlinien-Umsetzungsgesetzes von drei auf vier Jahre, obwohl sich diese Verlängerung weder aus einer EU-Richtlinie ergibt noch mit der Evaluierung des Zuwanderungsgesetzes begründen lässt (in der Antwort bitte Bezug nehmen auf den Evaluierungsbericht des Bundesministeriums des Innern zum Zuwanderungsgesetz vom Juli 2006 (S. 242), nach dem sich die 3-Jahres-Frist „in der Praxis auch bewährt“ habe und ab diesem Zeitpunkt „Personen die notwendigen Mittel, die sie für die Teilnahme an den soziokulturellen Angeboten unserer Gesellschaft benötigen, zur Verfügung gestellt werden“ sollten)?

Bei den in § 1 Abs. 1 AsylbLG genannten Personen besteht angesichts der ungewissen Aufenthaltsperspektive grundsätzlich kein sozialer Integrationsbedarf. Die Anhebung der Frist von 36 auf 48 Monate stand im Zusammenhang mit der gesetzlichen Altfallregelung in § 104a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) und der Änderung des § 10 der Beschäftigungsverfahrensverordnung (BeschVerfV), wonach Geduldete einen gleichrangigen Arbeitsmarktzugang erhalten, wenn sie sich seit vier Jahren im Bundesgebiet aufhalten. Durch die Änderungen im AsylbLG wurde eine konsequente einheitliche Stufung nach vier Jahren eingeführt. Nach Einschätzung des Gesetzgebers kann bei einem Voraufenthalt von vier Jahren davon ausgegangen werden, dass bei den Betroffenen eine Aufenthaltsperspektive entsteht, die es gebietet, Bedürfnisse anzuer-

kennen, die auf eine bessere soziale Integration gerichtet sind, was durch den Verzicht auf die Vorrangprüfung bei der Aufnahme einer Beschäftigung und die Erhöhung der Leistungen zum Ausdruck kommt (s. auch Bundestagsdrucksache 16/5065, S. 232).

9. Wie haben sich die allgemeinen Lebenshaltungskosten seit 1994 jährlich bzw. insgesamt entwickelt?
- a) Welche Einschätzungen oder Erkenntnisse gibt es dazu, wie sich die Kosten der nach § 3 AsylbLG zu gewährenden Grundleistungen seit 1994 bis heute entwickelt haben?

Die Entwicklung der Verbraucherpreise ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland (2000 = 100)

1994	92,3
1995	93,9
1996	95,3
1997	97,1
1998	98,0
1999	98,6
2000	100,0
2001	102,0
2002	103,4
2003	104,5
2004	106,2
2005	108,3
2006	110,1
2007	112,5

Von 1994 bis 2007 ergibt sich ein Anstieg der Verbraucherpreise von 21,9 Prozent. Ein spezieller Preisindex für die Grundleistungen nach dem AsylbLG existiert nicht.

- b) Wann und wie haben die nach § 3 Abs. 3 Satz 1 AsylbLG dazu berufenen Bundesministerien jeweils konkret geprüft, ob eine Änderung der zu gewährenden Grundleistungen bzw. des Barbetrages erforderlich war?
- c) Welche konkreten Vorschläge für eine im Bundesrat zustimmungspflichtige Verordnung zur Höhe der Bedarfssätze hat das jeweils zuständige Ministerium seit 1994 gemacht, und zu welchen Ergebnissen haben diese Vorschläge jeweils konkret geführt?
- d) Warum hat es seit der Einführung des AsylbLG im Jahr 1993 keine Änderung der Grund- bzw. Bargeldleistungen nach § 3 Abs. 3 Satz 1 AsylbLG gegeben?

Die Fragen zu 9b – 9d werden wegen des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet:

Nach § 3 Abs. 3 Satz 1 AsylbLG sind die Beträge zum 1. Januar eines Jahres neu festzusetzen, wenn und soweit dies unter Berücksichtigung der tatsächlichen Lebenshaltungskosten zur Deckung des in § 3 Abs. 1 AsylbLG genann-

ten Bedarfs erforderlich ist. Die Steigerung des Lebenshaltungskostenindex ist dabei ein Anhaltspunkt. Allerdings ist er um den Anteil zu reduzieren, der Waren oder Leistungen betrifft, die nicht durch § 3 AsylbLG erfasst werden.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

- e) Wie bewertet die Bundesregierung die Angemessenheit der Leistungen nach dem AsylbLG insbesondere auch vor dem Hintergrund der Debatten um die Angemessenheit der Regelleistungen nach dem SGB II und SGB XII?

Die Angemessenheit der Leistungen nach dem AsylbLG muss losgelöst von der Debatte um die Angemessenheit der Regelleistungen/Regelsätze nach dem SGB II oder dem SGB XII gesehen werden, weil entsprechend der Grundkonzeption des AsylbLG die Leistungsgewährung in Form von Sachleistungen erfolgt. Durch die Gewährung der erforderlichen Sachleistungen haben Preissteigerungen in diesem Bereich nicht die Auswirkungen auf die Deckung des notwendigen Bedarfs, wie dies bei den Leistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII der Fall sein kann.

10. Wie wurde die Empfehlung des Vermittlungsausschusses (vgl. BR-PlPr Nr. 711, S. 127), Länder und Gemeinden sollten als Ausgleich für Einsparungen im Bereich des AsylbLG 750 Mio. DM (jährlich 150 Mio. DM von 1998 bis 2002) für den Wiederaufbau in Bosnien und Herzegowina zur Verfügung stellen, umgesetzt?

Wurde eine konkrete Regelung beschlossen, und wie hoch waren die tatsächlich geleisteten Wiederaufbauhilfen?

Nach Angaben der Länder ergibt sich Folgendes:

Baden-Württemberg: Das Land Baden-Württemberg hat in Form von Beratungsangeboten und finanziellen Starthilfen intensiv die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen nach Bosnien und Herzegowina gefördert. Daneben hat sich das Land Baden-Württemberg am Wiederaufbau von Bosnien und Herzegowina u. a. mit einem Existenzgründungsprogramm, der Schaffung von Übergangswohnungen, der Unterstützung einer Transportbörse und der Kostenübernahme für die Ausbildung von Kampfmittelbeseitigern beteiligt.

Bayern: Bezüglich der konkreten Umsetzung des in der Anfrage genannten Beschlusses liegen keine Erkenntnisse vor. Es wird aber darauf hingewiesen, dass der Freistaat Bayern in der Vergangenheit und auch gegenwärtig Haushaltsmittel zur Förderung der freiwilligen Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem früheren Jugoslawien, also auch aus Bosnien und Herzegowina, in ihr Heimatland zur Verfügung gestellt hat.

Berlin: Unabhängig von der Empfehlung des Vermittlungsausschusses wurden in den Jahren 1998 bis 2002 vom Berliner Senat insgesamt sechs Rückkehrprogramme für Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aufgelegt. Im Rahmen aller sechs Programme kehrten rund 7 300 Personen freiwillig in ihre Heimat zurück. Finanziert wurden die Programme aus Einsparungen bei der Sozialhilfe und den Leistungen nach dem AsylbLG. Ein Sonderprojekt „Hausbau für Berliner Rückkehrer nach Bosnien“ (1997 bis 2000) wurde von der EU finanziert.

Alle sechs Förderprogramme beinhalteten die Gewährung einer erweiterten persönlichen Starthilfe als Aufstockung der nach den Programmen REAG (Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany) und GARP (Government Assisted Repatriation Programme) gewährten bundeseinheitlichen Rückkehrhilfen. Die Höhe der Starthilfe variierte in den einzelnen

Programmen, sie lag jedoch umgerechnet zwischen 1 000 und rd. 1 278 Euro pro Person bei bestimmten Familienhöchstbeträgen. Fünf Programme sahen zudem die Gewährung von Aufbauhilfen für Gemeinden im Zielstaat bzw. Reintegrationshilfen in Höhe von bis zu rd. 3 000 Euro pro Maßnahme vor. Die Aufbauhilfen dienten der Wiederherstellung der vom Bürgerkrieg beschädigten oder zerstörten Infrastruktur, der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie dem Wohnungsbau bzw. -wiederaufbau. Es wurden jene Gemeinden unterstützt, in denen sich die aus Berlin zurückgekehrten Personen hatten registrieren lassen. Die Reintegrationshilfen, die sowohl in Bosnien und Herzegowina als auch im Kosovo gewährt wurden, konnten von Wirtschaftsunternehmen, Qualifizierungsträgern oder Selbstständigen im Zielstaat beantragt werden; sie dienten vorrangig der Belegung des heimischen Arbeitsmarktes, der beruflichen Qualifizierung von Rückkehrern und der Förderung von Existenzgründungen. Die Reintegrationsmaßnahmen standen aber auch lokalen Arbeitskräften offen, um die Akzeptanz bei der örtlich ansässigen Bevölkerung zu erhöhen.

Der Gesamtaufwand für alle vorgenannten Rückkehrprogramme aus dem Landeshaushalt belief sich auf umgerechnet etwa 13 Mio. Euro.

Brandenburg: In der Vergangenheit sind Haushaltsmittel zur Förderung der freiwilligen Rückkehr zur Verfügung gestellt worden. Zur Umsetzung des genannten Beschlusses liegen keine Erkenntnisse vor.

Bremen: Bremen hat in der Vergangenheit mehrere Sonderprogramme zur Unterstützung der freiwilligen Rückkehr aufgelegt und damit die REAG- und GARP-Förderung erheblich aufgestockt.

Hamburg: Aus den Einsparungen infolge der Änderung des AsylbLG zum 1. Juni 1997 wurde der Wiederaufbau in Bosnien gefördert. Dafür standen von 1998 bis 2002 den Ländern rd. 150 Mio. DM zur Verfügung. Diese Mittel wurden nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt.

Hamburg veranschlagte gemäß den Haushaltsplänen 1998 bis 2002 Mittel in folgender Höhe:

1998:	3,765 Mio. DM (1,952 Mio. Euro)
1999:	3,730 Mio. DM (1,907 Mio. Euro)
2000:	3,730 Mio. DM (1,907 Mio. Euro)
2001:	3 730 Mio. DM (1 907 Mio. Euro)
2002:	1 907 Mio. Euro.

Die Mittel standen im Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg im Titel 4700 684 05 zur Auszahlung per Zuwendung an einzelne Träger zur Verfügung. Damit sind sämtliche Wiederaufbauprojekte in Bosnien der Träger Flüchtlingshilfe, SEKA, DBHG, GESO und AWO Bremerhaven gefördert worden.

Ausgegeben hat Hamburg Mittel in folgender Höhe (gemäß der Ist-Darstellung in den Haushaltsplänen):

1998:	0
1999:	1,959 Mio. DM (1,002 Mio. Euro)
2000:	2,515 Mio. Euro
2001:	1,056 Mio. Euro
2002:	1,316 Mio. Euro
2003:	1,004 Mio. Euro.

Aktuell steht auf dem Globaltitel noch ein Rest in Höhe 1,923 Mio. Euro; die letzte Auszahlung in Höhe von 25 Tsd. Euro erfolgte für ein Projekt der AWO

Bremerhaven in 2005. Es werden keine Projekte mehr aus diesen Mitteln gefördert.

Hessen: Bezüglich der konkreten Umsetzung des in der Anfrage genannten Beschlusses liegen keine Erkenntnisse vor. Bis zum Ende des Jahres 2001 wurden zusätzliche persönliche Starthilfen als Aufstockung der im Rahmen des REAG/GARP-Programms vorgesehenen bundeseinheitlichen Rückkehrhilfen gewährt. Die Höhe der Starthilfe variierte je nach Anzahl der Familienmitglieder bei bestimmten Familienhöchstbeträgen. Die Aufbauhilfen dienten der Wiederherstellung der vom Bürgerkrieg beschädigten oder zerstörten Infrastruktur, der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie dem Wohnungsbau bzw. -wiederaufbau. Weiterhin wurden Reintegrationshilfen im Zielstaat zur Förderung von Existenzgründungen gewährt.

Mecklenburg-Vorpommern: Hinsichtlich der Umsetzung der Empfehlung des Vermittlungsausschusses hätte es noch einer unter den Ländern zu treffenden Regelung bedurft, die aber zu keinem Zeitpunkt vereinbart wurde. Vielmehr hatte der damalige Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz dem Bundeskanzler mit Schreiben vom 12. November 1997 unter Hinweis auf die zahlreichen Unterstützungsmaßnahmen der Länder im Zusammenhang mit der Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen mitgeteilt, dass für ein weitergehendes finanzielles Engagement keine Möglichkeit gesehen wurde.

Niedersachsen: Das Land Niedersachsen hat in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen, dass der Wiederaufbau in Bosnien und Herzegowina eine wichtige außenpolitische Aufgabe der Bundesregierung ist. Gleichwohl hat Niedersachsen mehrfach Haushaltsmittel für Zuwendungen an Hilfsorganisationen zur Finanzierung von Projekten zur Förderung der freiwilligen Rückkehr in Gebiete des ehemaligen Jugoslawien bereitgestellt. Inwieweit die geleisteten Zuwendungen aufgrund der genannten Empfehlung des Vermittlungsausschusses erfolgt sind, lässt sich nicht mehr nachvollziehen.

Nordrhein-Westfalen: Ende der neunziger Jahre bezuschusste das Land finanzielle Hilfen nordrhein-westfälischer Gemeinden für Flüchtlinge, die nach Bosnien zurückkehren wollten.

Rheinland-Pfalz: Es liegen keine Erkenntnisse vor.

Saarland: Das Saarland hat sich an dem geplanten Wiederaufbaufonds für Bosnien und Herzegowina finanziell nicht beteiligt. Begründet wurde die ablehnende Haltung damit, dass das Saarland seine Aufnahmeverpflichtung für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina unter Zugrundelegung des Königsteiner Schlüssels deutlich (mit ca. 180 Prozent) übererfüllt hat. Für weitergehende finanzielle Verpflichtungen wurde aufgrund der Haushaltssituation des Landes kein Handlungsspielraum gesehen.

Nach dem Antwortschreiben des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz an den Bundeskanzler vom 12. November 1997 wurde eine Länderbeteiligung an einem Wiederaufbaufonds abgelehnt.

Sachsen: Es liegen keine Erkenntnisse vor.

Sachsen-Anhalt: Das Land Sachsen-Anhalt stellte im Jahr 1998 drei Millionen DM zur Bereitstellung bzw. Wiederherstellung von Wohnraum für aus Sachsen-Anhalt nach Bosnien und Herzegowina rückkehrende bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge zur Verfügung. Daneben wurden weitere kleinere Projekte gefördert. Inwieweit die Maßnahmen auf der Empfehlung des Vermittlungsausschusses beruhen, lässt sich nicht mehr nachvollziehen.

Schleswig-Holstein: Es liegen keine Erkenntnisse vor.

Thüringen: Es liegen keine Erkenntnisse vor.

11. Verfügt die Bundesregierung über wissenschaftliche oder nachprüfbare Erkenntnisse darüber, dass die Höhe und Art der gewährten Sozialleistungen für Asylsuchende in einem signifikanten Zusammenhang mit der Zahl der Asylsuchenden bzw. der „Berechtigung“ ihrer Asylgesuche (gemessen etwa an der „Schutzquote“ im Asylverfahren) steht, und wenn ja, welche?
- a) Wenn nein, hält die Bundesregierung an der Einschränkung des Leistungsbezugs für Asylsuchende fest, obwohl eine maßgebliche Begründung für die Einführung des AsylbLG (keine „wirtschaftlichen Anreize“ für eine Einreise in die Bundesrepublik Deutschland zu schaffen) nicht aufrecht zu erhalten ist (bitte begründen)?

Wissenschaftliche Untersuchungen darüber, welche Motivationen jenseits der Furcht vor politischer Verfolgung zur Antragstellung von Asylsuchenden führen, sind der Bundesregierung nicht bekannt. Die gegenüber den Leistungen nach dem SGB XII geringeren Leistungen im AsylbLG finden ihre Begründung – wie bereits dargestellt – im fehlenden sozialen Integrationsbedarf von Personen mit ungewisser Aufenthaltsperspektive; an dieser Situation hat sich nichts geändert. Im Übrigen wird auf die Antwort zur Frage 19 verwiesen.

- b) Wie verträgt sich die Ausweitung des Personenkreises nach § 1 AsylbLG auf Menschen, denen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde wegen des Krieges in ihrem Herkunftsland oder weil mit einem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden kann (vgl. § 1 Abs. 1 Nr. 3 AsylbLG), mit der Gesetzesbegründung, wonach „wirtschaftliche Anreize“ für einen „Asylmissbrauch“ gemindert werden sollten bzw. wonach die Kürzung der Leistungen damit begründet wird, dass auf einen nur kurzen, vorübergehenden Aufenthalt und einen entsprechend geringeren Bedarf abgestellt werde?

Die Ausweitung des Personenkreises erfolgte auf Grund eines Beschlusses des Vermittlungsausschusses vom 23. April 1997 (Bundestagsdrucksache 13/7510), weil der betroffene Personenkreis keine längerfristige Aufenthaltsperspektive in der Bundesrepublik Deutschland hat.

- c) Wie verträgt sich die immer länger dauernde Frist, innerhalb der Asylsuchenden und Geduldeten gesetzlich kein (sozialer) „Integrationsbedarf“ zugestanden wird, mit dem in der Migrationspolitik sonst üblichen Grundsatz des „Forderns und Förderns“ von Integrationsleistungen?

Der Integrationskurs ist ein staatliches Grundangebot zur Integration und dient der Deckung eines Teils des Integrationsbedarfs. Er richtet sich vor allem an neu nach Deutschland kommende Zuwanderer mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive sowie im Wege der nachholenden Integration an Ausländer, die schon länger rechtmäßig in Deutschland leben. Gefördert wird nach den §§ 43 bis 45 AufenthG nur die Integration von rechtmäßig auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländern mit einer dauerhaften Aufenthaltsperspektive und somit nicht von Asylsuchenden und geduldeten Ausländern.

Dem Bedürfnis der seit Jahren im Bundesgebiet geduldeten und hier integrierten Ausländer nach einer dauerhaften Perspektive in Deutschland trägt nunmehr § 104a AufenthG Rechnung. Im Zuge dieser Neuregelung stellt § 5 Abs. 3 Nr. 3 der Integrationskursverordnung sicher, dass Personen, die unter die Bleiberechtsregelung in § 104a AufenthG fallen, Zugang zu den vom Bund geförderten Integrationskursen erhalten.

- d) Welche Einschätzungen oder Erkenntnisse liegen dazu vor, wie viele Asylsuchende/Geduldete, die über einen Zeitraum von vier Jahren hinweg gestattet bzw. geduldet wurden, letztlich (nach welcher Zeit)

doch ein Bleiberecht bzw. eine nicht in § 1 Abs. 1 Nr. 3 AsylbLG genannte Aufenthaltserlaubnis erhalten haben?

Wie lange dauert durchschnittlich ein Asylverfahren in Fällen, in denen letztlich eine Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder eines rechtlichen Abschiebungshindernisses erfolgt?

Zum Stichtag 31. Januar 2008 waren im Ausländerzentralregister (AZR) etwa 628 000 in Deutschland lebende Ausländer mit einem abgeschlossenen Asylverfahren erfasst, das letztlich nicht zu einer Flüchtlingsanerkennung führte. Hierzu zählen vor allem Personen mit abgelehnten und eingestellten Asylverfahren sowie Personen, deren Asylanerkennungen oder Flüchtlingsschutz widerrufen oder zurückgenommen wurden bzw. erloschen sind.

Weitere 127 000 Ausländer waren anerkannte Flüchtlinge (Asylberechtigte, Personen mit Flüchtlingsschutz oder im Ausland anerkannte Flüchtlinge). Zudem befanden sich zum Stichtag etwa 34 000 Personen in einem laufenden Asylverfahren.

Wie viele der genannten Personen zwischenzeitlich über einen Zeitraum von vier Jahren hinweg gestattet bzw. geduldet wurden, kann nicht ermittelt werden, da das AZR als Bestandsregister grundsätzlich nicht den Verlauf von Ereignissen statistisch abbilden kann, sondern nur den Bestand zu einem bestimmten Stichtag.

Die Gesamtverfahrensdauer in Fällen (einschließlich Gerichtsverfahren), in denen im Jahr 2007 eine Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder eines rechtlichen Abschiebungshindernisses rechts- oder bestandskräftig erfolgte, betrug durchschnittlich 19 Monate, wobei etwa die Hälfte der Fälle nach 6 Monaten abgeschlossen war.

- e) Wie bewertet die Bundesregierung die individuellen und gesellschaftlichen Folgen der nach dem AsylbLG über Jahre hinweg verweigerten Integration in den Fällen, in denen die Betroffenen später dauerhaft in Deutschland verbleiben, auch angesichts des Umstandes, dass Asylsuchende und Geduldete zugleich von der Teilnahme an Integrationskursen ausgeschlossen sind?

Die staatliche Förderung ist an eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive geknüpft. Soweit eine Bleibeperspektive nicht gegeben ist, würden Integrationsmaßnahmen ihren auf das künftige Zusammenleben im Bundesgebiet gerichteten Zweck verfehlen, so dass in diesem Fall kein Anspruch auf staatliche Förderung besteht. Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu Buchstabe c verwiesen.

12. Wie hat sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung die absolute Zahl bzw. der relative Anteil von unerlaubten Einreisen in die Bundesrepublik Deutschland mit Beteiligung von sog. Schleppern seit 1993 entwickelt, und gab es nach Einführung des AsylbLG im Jahr 1993 bzw. nach der Verschärfung im Jahr 1997 eine signifikante Abnahme der Schleusertätigkeit?
- a) Bestätigt die erfragte Entwicklung die Annahme des Gesetzgebers, durch Umstellung der Leistungen nach dem AsylbLG auf Sachleistungen würde „den Schlepperorganisationen der Nährboden entzogen“ (Bundestagsdrucksache 12/5008, S. 13 f.), und wenn nicht, beabsichtigt die Bundesregierung, das die Betroffenen erheblich belastende Sachleistungsprinzip wieder abzuschaffen (bitte begründen)?

Bei Betrachtung der grenzpolizeilichen Feststellungen der Jahre 1995 bis 2007 ist ab dem Jahr 1998 sowohl bei den unerlaubten Einreisen (1998: 40 201 Fälle; 2007: 15 445 Fälle) als auch bei der Anzahl der geschleusten Personen (1998: 12 533 Fälle; 2007: 3 345 Fälle) ein kontinuierlicher, deutlicher Rückgang der

Fallzahlen zu verzeichnen. Ebenso hat sich die Zahl der im Betrachtungszeitraum festgenommenen Schleuser von 3 410 Personen im Jahr 1999 auf 1 282 Personen im Jahr 2007 kontinuierlich reduziert.

13. Warum gilt der vom Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil 5 C 72/84 vom 16. Januar 1986 entwickelte Grundsatz, wonach es zur Führung eines Lebens in Menschenwürde gehört, „dass dem erwachsenen Menschen die Möglichkeit gelassen wird, im Rahmen der ihm nach dem Gesetz zustehenden Mittel seine Bedarfsdeckung frei zu gestalten“ (Rdnr. 15), d. h. dass die Sozialhilfe grundsätzlich als Geldleistung gewährt werden muss und nur in besonderen Einzelfallkonstellationen, die vor allem mit der „Person des Hilfeempfängers“ begründet werden müssen, eine Sachleistungsgewährung zulässig ist, nicht für Leistungsempfänger und Leistungsempfängerinnen nach dem AsylbLG?

Gilt in Bezug auf Asylsuchende und Geduldete ein anderes Menschenwürdeverständnis (bitte begründen)?

- a) Wie ist das AsylbLG und vor allem das mit der Sachleistungsgewährung verbundene Prinzip der Abschreckung mit der vom Bundesverwaltungsgericht im oben genannten Urteil getroffenen Feststellung vereinbar: „Es ist von vornherein nicht zulässig, die Sachleistung als Mittel zu dem Zweck einzusetzen, eine ganze Gruppe von Hilfesuchenden von der Geltendmachung eines Hilfeanspruchs gegenüber einem bestimmten Träger der Sozialhilfe abzuschrecken“ (a. a. O., Rdnr. 20)?
- b) Wie ist der Grundsatz der Sachleistungsgewährung im AsylbLG mit der Forderung des Bundesverwaltungsgerichts im oben genannten Urteil vereinbar, dass keine „abstrakte, gruppenspezifische Betrachtung“ eine Sachleistungsgewährung begründen kann, sondern stets nur eine konkrete Prüfung der Einzelfallumstände und der hilfebedürftigen Person (a. a. O., Rdnr. 21)?
- c) Wie sind die abgesenkten Leistungen des AsylbLG, das Sachleistungsprinzip und die erzwungene Unterbringung in häufig abgelegenen Massenunterkünften vereinbar mit der Rechtsprechung, wonach die Sozialhilfe auch „einen Schutz vor Stigmatisierung und sozialer Ausgrenzung“ umfassen muss (vgl. Bundessozialgericht B 11b AS 1/06 R, U. v. 23. November 2006, Rdnr. 48, mit weiteren Hinweisen zur Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts)?
- d) Wie sind die Leistungen des AsylbLG, und insbesondere das Sachleistungsprinzip, mit der dem Gesetzgeber vom Bundesverfassungsgericht auferlegten Pflicht vereinbar, „die von Verfassungs wegen zu berücksichtigenden existenzsichernden Aufwendungen nach dem tatsächlichen Bedarf realitätsgerecht [zu] bemessen“ (BVerfG, Beschluss vom 10. November 1998, 2 BvL 42/93)?

Die Frage 13 und die Teilfragen a bis d werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das genannte Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwGE 72, 354) betraf die Hilfe zum Lebensunterhalt bei Nichtsesshaftigkeit nach dem damaligen Bundessozialhilfegesetz. Die soziale Situation von Leistungsempfängern nach dem AsylbLG stellt sich wesentlich anders dar. Dem Gesetzgeber kommt im Bereich der Gewährung von Sozialleistungen ein besonders weites Gestaltungsspielraum zu (BVerfGE 11, 50 [60], 27, 220 [227], 28, 324 [349], 87, 234 [255]). Zur Anpassung der Leistungen an die tatsächlichen Zwecke des Aufenthalts im Asylverfahren und zur Verhinderung von Missbrauch war und ist es erforderlich, die Sicherung des Lebensunterhalts für Asylbewerber und vergleichbare Ausländergruppen außerhalb des Bundessozialhilfegesetzes bzw. des SGB XII nach Art und Höhe in einem eigenständigen Gesetz zu regeln. Im AsylbLG soll das Leistungsrecht zum Lebensunterhalt für die betroffenen Ausländer dem

Ausländer- und Asylrecht angepasst werden. Die drängenden Probleme, die mit der großen Zahl der Asylbewerber verbunden waren, erforderten aufeinander abgestimmte und an den gleichen Zielen ausgerichtete Lösungen. Ziel der Sozialhilfe, die vom Individualisierungsgrundsatz ausgeht, ist es, hilfebedürftig gewordene Menschen dauerhaft in die Gesellschaft einzugliedern. Die Hilfe soll dabei so rechtzeitig einsetzen, dass Betroffene ihr soziales Umfeld nicht verlieren und so schnell wie möglich ihren Lebensunterhalt wieder aus eigener Kraft bestreiten können. Vor diesem Hintergrund gewährleistet die Sozialhilfe zwar nur eine bescheidene Lebensführung, gleichwohl geht sie über das zum Lebensunterhalt Unerlässliche hinaus und umfasst Leistungen der gesellschaftlichen Integration und Teilhabe. Demgegenüber soll das AsylbLG das Leistungsrecht vereinfachen und auf die Bedürfnisse eines in aller Regel nur kurzen, vorübergehenden Aufenthalts, beschränkt auf die Dauer der Durchführung des Asylverfahrens, abstellen (vgl. die Begründung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber, Bundestagsdrucksache 12/4451, S. 5). Allerdings ermöglichen auch diese eingeschränkten Leistungen ein existenziell gesichertes, menschenwürdiges Leben.

Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG haben daher auch unter Berücksichtigung von Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 16a Abs. 1 GG keinen Anspruch auf Gewährung von Sozialhilfe in der Form von Geldleistungen in Höhe der Regelsätze. Falls die Sachleistungen qualitativ unzureichend sein sollten, besteht nur ein Anspruch auf eine verbesserte Zusammenstellung der Sachleistungen. Der vom AsylbLG verfolgte Zweck, den Missbrauch des Asylverfahrens einzuschränken, rechtfertigt es, Asylbewerbern ohne Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz die erforderliche Hilfe zum Lebensunterhalt in der Form von Sachleistungen zu gewähren. Das wird auch vom Bundesverfassungsgericht nicht in Frage gestellt (BVerfG 2. Kammer des 2. Senats, NVwZ 2006, 447; BVerfGE 116, 229).

14. Welche praktischen Folgen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen einer umfangreichen Studie des Forschungsinstituts für Kinderernährung (FKE) der Universität Bonn (vgl. Pressemitteilung vom 2. August 2007), wonach die Regelleistungen des Arbeitslosengeldes II für Kinder und Jugendliche nicht ausreichen, um eine ausgewogene Ernährung zu realisieren, in Bezug auf Kinder und Jugendliche, die nach dem AsylbLG versorgt werden?

Die Bundesregierung teilt nicht die in der Studie vertretene Auffassung, wonach die Höhe der Regelleistung für Kinder und Jugendliche nach dem SGB II für eine ausgewogene Ernährung nicht ausreichend sei.

Referenzsystem für die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II ist die Sozialhilfe nach dem SGB XII. Die Regelleistung bildet das soziokulturelle Existenzminimum ab und berücksichtigt vollständig die für die unteren Einkommensgruppen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) erfassten Verbrauchsausgaben für Nahrungsmittel und Getränke. Bei einer isolierten Betrachtung von Einzelpositionen wird außer Acht gelassen, dass die Grundsicherung für Arbeitsuchende einen haushaltsbezogenen Ansatz verfolgt. Den Leistungsberechtigten wird eine pauschalierte Geldleistung für alle zum notwendigen Bedarf gehörenden Güter als monatliches Gesamtbudget zur Verfügung gestellt, mit dem selbständig und damit auch eigenverantwortlich gewirtschaftet werden muss. Beispielsweise ist für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren ein Bedarf an Regelleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts in Höhe von monatlich 1040 Euro vorgesehen. Das Bundessozialgericht hat in seiner Entscheidung vom 23. November 2006 sowohl die Höhe der Regelleistung als auch die Art der Bedarfsermittlung als verfassungsgemäß bestätigt (Urteil vom 23. November 2006 – B 11b AS 1/06 R).

Die Bundesregierung sieht allerdings auch, dass dem Thema „Ernährungsbewusstsein“ eine große Bedeutung zukommt und fördert eine gesundheitsfördernde, integrierte Bildungsarbeit im Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte. Hierzu wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zum Thema „Mittagessensteilnahme von Kindern aus sozial schwachen Familien an Ganztagschulen“ (Bundestagsdrucksache 16/1846) hingewiesen.

Im Übrigen wird auf die Antwort auf Frage 9e verwiesen.

15. Sind der Bundesregierung Probleme in der Praxis bekannt, wonach es in manchen Kommunen/Sozialämtern Schwierigkeiten bei der Kostenübernahme für eine medizinische/ärztliche Behandlung nach dem AsylbLG gibt, weil Sachbearbeiter oder Sachbearbeiterinnen meinen, es läge keine akute und/oder schmerzhaftes Erkrankung (im Sinne des § 4 AsylbLG) vor, bzw. was gedenkt sie zu unternehmen, um solche Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen?
16. Sind der Bundesregierung Probleme in der Praxis bekannt, wonach es in manchen Kommunen/Sozialämtern gerade bei der Übernahme von Kosten für eine Therapie/Behandlung traumatisierter Flüchtlinge Schwierigkeiten gibt, weil Sachbearbeiter oder Sachbearbeiterinnen meinen, es handle sich nicht um eine akute Erkrankung, was gedenkt sie zu unternehmen, um solche Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen, und unter welchen genauen Bedingungen und auf welcher Rechtsgrundlage kommt nach Auffassung der Bundesregierung die Übernahme von Behandlungs- bzw. Therapiekosten für traumatisierte Flüchtlinge nach dem AsylbLG in Betracht?

Fragen 15 und 16 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Nach Auskünften aus den Ländern sind derartige Probleme grundsätzlich nicht bekannt. Soweit im Einzelfall Probleme auftreten, dürften diese nach Ansicht der Bundesregierung somit nicht zu verallgemeinern sein; ein Handlungsbedarf besteht nicht.

17. Stimmt die Bundesregierung der Einschätzung zu, dass die Begründung im Evaluationsbericht des Bundesministeriums des Innern vom Juli 2006 (S. 244), § 6 Abs. 2 AsylbLG stelle für „Opfer von Folter, Vergewaltigung oder sonstiger schwerer Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt“ eine „Öffnungsklausel dar, die den zuständigen Behörden Spielraum gibt, den besonderen Bedarfslagen im Einzelfall gerecht zu werden“, falsch bzw. zumindest irreführend ist, da § 6 Abs. 2 AsylbLG eine Sonderregelung nur für Personen darstellt, die nach § 24 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG – (aufgrund eines Beschlusses des Rates der Europäischen Union gemäß der Richtlinie 2001/55/EG) aufgenommen wurden, und diese Richtlinie bis heute niemals angewandt wurde (wenn nein, bitte begründen)?

Folteropfer und die anderen in § 6 Abs. 2 AsylbLG genannten Personengruppen, die Leistungsberechtigte gemäß § 1 AsylbLG sind, erhielten bereits vor Einführung des § 6 Abs. 2 AsylbLG Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt gemäß § 4 AsylbLG. Ihnen können gemäß § 6 Abs. 1 AsylbLG sonstige Leistungen gewährt werden, wenn sie zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich sind. Die Leistungsgewährung gemäß § 6 Abs. 1 AsylbLG steht im pflichtgemäßen Ermessen der zuständigen Behörde.

Die Einführung des § 6 Abs. 2 AsylbLG diene der Umsetzung von Art. 13 Abs. 4 der Richtlinie 01/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und über Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbundenen Belastungen auf die Mitgliedstaaten in nationales Recht. Der Klarstellung halber wurde für die unter diese Richtlinie fallenden Personen eine eigene Regelung geschaffen, die sich eng am Wortlaut der genannten Richtlinie orientierte.

Für Folteropfer und die anderen in § 6 Abs. 2 AsylbLG genannten Personengruppen, die Leistungsberechtigte gemäß § 1 AsylbLG sind, aber keine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 24 Abs. 1 AufenthG besitzen, richtet sich die Leistungsgewährung weiterhin nach §§ 4, 6 Abs. 1 AsylbLG. Die Darstellung im Evaluationsbericht des Bundesministeriums des Innern vom Juli 2006 (S. 244) ist insofern nicht abschließend.

- a) Wird die Bundesregierung oder das Bundesministerium des Innern vor dem Hintergrund der benannten Fehleinschätzung die Frage der Notwendigkeit klarstellender gesetzlicher Regelungen für die Sicherstellung einer (psychotherapeutischen) Behandlung von traumatisierten Opfern bzw. anderen Personen mit besonderen Bedürfnissen erneut evaluieren und prüfen (bitte begründen, auch in ausdrücklicher Auseinandersetzung mit Artikel 15 Abs. 2 und Artikel 20 der Richtlinie 2003/9/EG des Rates vom 27. Januar 2003)?

Die Bundesregierung sieht hierfür keinen Bedarf. Die Vorschriften der §§ 4, 6 AsylbLG erlauben die angemessene Versorgung der Betroffenen.

- b) Weshalb wurde für den Personenkreis der nach § 24 Abs. 1 AufenthG aufgenommenen Flüchtlinge mit besonderen Bedürfnissen eine explizite Regelung zur Übernahme medizinischer oder sonstiger Hilfe in § 6 Abs. 2 AsylbLG geschaffen, wenn die Bundesregierung im Übrigen der Auffassung sein sollte, dass diese Hilfen bereits auf der Grundlage der §§ 4 und 6 Abs. 1 AsylbLG gewährt werden können?

Die Klarstellung erfolgte in den Verhandlungen des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze vom 14. März 2005.

- c) Warum wurden mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union keine Vorgaben zu den nach Artikel 17 Abs. 2 der Richtlinie 2003/9/EG des Rates vom 27. Januar 2003 vorgesehenen Einzelprüfungen zur Anerkennung von Personen als „besonders hilfebedürftig“ gemacht, und wie wird der Richtlinie in diesem Punkt in der Praxis derzeit entsprochen?

Art. 17 der Richtlinie 2003/9/EG des Rates vom 27. Januar 2003 schreibt den Mitgliedstaaten kein Identifizierungsverfahren zur Ermittlung besonders hilfsbedürftiger Personen vor. Die deutsche Praxis, nach der über die Gewährung von Leistungen die gemäß §§ 10 ff. AsylbLG zuständige Behörde im Einzelfall durch Verwaltungsakt entscheidet, erfüllt daher die Vorgaben der Richtlinie 2003/9/EG.

18. Warum fand die in den Referentenentwürfen zum EU-Richtlinien-Umsetzungsgesetz vorgesehene explizite Regelung nach § 6 Abs. 3 AsylbLG zur Übernahme der Kosten für die medizinische Hilfe bzw. angemessene psychologische und psychotherapeutische Behandlung von Opfern des Menschenhandels keinen Eingang in die vom Kabinett beschlossene Fas-

sung des Gesetzentwurfs, insbesondere in Hinblick auf Artikel 9 Abs. 2 der EU-Opferschutz-Richtlinie (2004/81/EG)?

Die Notwendigkeit einer Regelung im § 6 Abs. 3 AsylbLG ergab sich nach näherer Prüfung nicht. Ein Umsetzungsbedarf zur Richtlinie 2004/81/EG besteht nicht, weil bereits § 4 AsylbLG Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt ausreichend gewährt. Danach sind zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Arznei- und Verbandmitteln sowie sonstige zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung von Krankheiten oder Krankheitsfolgen erforderliche Leistungen zu gewähren. Welche Behandlung geboten ist, ist im Einzelfall unter medizinischen Gesichtspunkten zu entscheiden. Lediglich nicht eindeutig indizierte medizinische Behandlungen oder solche langfristiger Natur, die wegen der zeitlich begrenzten Dauer des Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich nicht abgeschlossen werden können, lösen keine Leistungspflicht aus.

Über diesen Leistungsumfang des § 4 AsylbLG hinaus bestimmt § 6 AsylbLG, dass sonstige Leistungen unter bestimmten Voraussetzungen gewährt werden können. Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn die Leistungen im Einzelfall zur Sicherung der Gesundheit oder auch zur Deckung besonderer Bedürfnisse geboten sind.

Durch die Alternativen der Anwendungsvarianten der §§ 4 und 6 AsylbLG ist sichergestellt, dass allen Leistungsberechtigten durch die Leistungen des AsylbLG auch im Bereich der gesundheitlichen Versorgung ein menschenwürdiger Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht wird.

19. Ist der Bundesregierung die Studie von Birgit Behrens und Verena Groß „Auf dem Weg in ein ‚normales Leben‘? Eine Analyse der gesundheitlichen Situation von Asylsuchenden in der Region Osnabrück“ (Universität Osnabrück, EQUAL-Teilprojekt, 2004) bekannt, in der die krankheitsverursachenden, -verstärkenden und -erhaltenden Verunsicherungen beschrieben werden, denen Asylsuchende in Deutschland angesichts der staatlich verordneten Lebens- und Wohnbedingungen ausgesetzt sind (vgl. ebd., S. 84 ff.), und wird sie gegebenenfalls Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen dieser Studie (vgl. ebd., S. 102 ff.) für künftige Gesetzesänderungen übernehmen, insbesondere die Forderung nach
- a) einer Abkehr vom Sachleistungsprinzip bzw. zumindest die Schaffung von individuellen Kochmöglichkeiten („höherer Anteil selbstbestimmter Lebensgestaltung“),
 - b) einer Trennung des direkten Wohnbereichs von Asylsuchenden von den für sie zuständigen Verwaltungseinrichtungen,
 - c) einem Ausbau und einer Finanzierung einer qualifizierten Sprachmittlung im Gesundheitsbereich,
- und wenn nein, warum nicht?

Die Frage 19 und die Teilfragen a bis c werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Studie bezieht sich lediglich auf eine kleine Region Deutschlands. Für eine Verallgemeinerung der zitierten Aussagen liegen der Bundesregierung keine belastbaren Anhaltspunkte vor.

Eine Abkehr vom Sachleistungsprinzip ist nicht geplant. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Länder sicherstellen, dass die gebotene ärztliche Versorgung nicht durch Sprachprobleme beeinträchtigt wird.

Für die übrigen Empfehlungen der Studie besteht kein gesetzlicher Regelungsbedarf. Über Modalitäten des Gesetzesvollzugs entscheiden die Länder im Übrigen in eigener Verantwortung.

20. Wie bewertet die Bundesregierung die bei der Vorstellung einer Studie über die medizinische Versorgung von Asylsuchenden und von ohne Status in Europa lebenden Migranten und Migrantinnen geäußerte Kritik der Organisation „Médecins du Monde“, Deutschland sei das einzige Land in der EU, das Asylsuchenden nicht den gleichen Zugang zu medizinischer Versorgung biete wie anderen Bürgern und Bürgerinnen, was gedenkt sie zu tun, um diesen Zustand zu ändern, und wie verträgt sich aus ihrer Sicht diese von anderen EU-Staaten abweichende Rechtslage und Praxis mit dem Gedanken einer EU-weiten Harmonisierung der Bedingungen für Asylsuchende?

In der Studie mit Datum von Juni 2007 werden neun der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union untersucht. Bereits zu Beginn weist die Studie darauf hin, dass in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten das Niveau der gesundheitlichen Versorgung sehr unterschiedlich ist. Eine Aussage, inwieweit Asylsuchenden und anderen Personen ein gleicher Zugang zur gesundheitlicher Versorgung wie anderen Bürgerinnen oder Bürgern gewährt wird, sagt nichts über die Qualität der gesundheitlichen Versorgung der Betroffenen aus.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre internationalen Verpflichtungen zur Gesundheitsversorgung Asylsuchender, die sich z. B. aus verschiedenen EU-Richtlinien ergeben, vollständig umgesetzt.

21. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Kürzungsregelung des § 1 a AsylbLG entgegen dem Wortlaut der Bestimmung und entgegen den Klarstellungen im federführenden Ausschuss, wonach es sich bei „unabweisbar gebotenen“ Leistungen in der Regel um Sachleistungen in Gemeinschaftsunterkünften (ohne „Taschengeld“) handele (vgl. Bundestagsdrucksache 13/11172, S. 7), auch eine vollständige Leistungseinstellung zulässt, und wenn ja, mit welcher Begründung und in welchen konkreten Fallkonstellationen wäre diese möglich?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass bei der Anwendung der Kürzungsregelung in

§ 1a AsylbLG Art. 1 Abs. 1 GG zu berücksichtigen ist. Der Leistungsumfang bestimmt sich nach den Umständen des Einzelfalls. Über diesen ist von den zuständigen Behörden vor Ort zu entscheiden. Im Streitfall obliegt die Entscheidung, was im Einzelfall nach den Umständen unabweisbar geboten ist, den deutschen Gerichten.

22. Wird die Bundesregierung die im Bericht des Menschenrechtskommissars des Europarats Thomas Hammarberg vom 11. Juli 2007 über seinen Besuch in Deutschland im Oktober 2006 (CommDH(2007)14) enthaltenen Forderungen zum Schutz der Menschenrechte hinsichtlich der Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden umsetzen (vgl. ebd., insb. Punkt 6.1.5., Nr. 140 ff.), wenn ja, was konkret wird sie unternehmen und welche Gesetzesänderungen strebt sie an, wenn nein, warum nicht?
 - a) Wie steht die Bundesregierung zur Forderung nach „alternativen Möglichkeiten für die Unterbringung von Asylsuchenden nach ihrem anfänglichen Aufenthalt in den Erstanlaufstellen“, da „der Langzeitaufenthalt von Asylsuchenden in wohnheimähnlichen Gemeinschaftsunterkünften in Mehrbettzimmern deren Wohlbefinden abträglich“

sei, bzw. zur Forderung nach Erarbeitung von „Mindeststandards für die Unterbringung von Asylbewerbern“ zur Sicherstellung eines „adäquaten Lebensstandards“ (a. a. O., Nr. 140 und Nr. 143; in den von Hammarberg besichtigten „Wohn-Containern“ waren in den 12,92 qm großen Räumen jeweils zwei bis vier Asylsuchende untergebracht)?

- b) Wie steht die Bundesregierung zur Forderung des Menschenrechtskommissars nach der „Bereitstellung von Nahrung und Kleidung“ durch „Gutscheine oder Bargeldzuwendungen“, da durch „die Verteilung von Nahrung und Kleidung in Form von Naturalien (...) die persönliche Auswahl eingeschränkt“ und die „Achtung der Privatsphäre der Asylbewerber in Frage gestellt“ sei (ebd.)?
- c) Wie steht die Bundesregierung zur Empfehlung des Menschenrechtskommissars, Asylsuchenden den „Zugang zu einer umfassenden medizinischen Versorgung bereits zu einem früheren Zeitpunkt“ zu gewähren (a. a. O., Nr. 141)?

Die Frage 22 und die Teilfragen a bis c werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Kommissar hat in seinem Bericht betont, dass er die Qualität der Gemeinschaftsunterkünfte in Deutschland im Allgemeinen nicht beurteilen kann, da er lediglich eine einzige Gemeinschaftsunterkunft besichtigt hat (Nr. 143 des Berichts). Für die Begründung eines gesetzlichen Änderungsbedarfs ist dies nicht ausreichend. Die Besorgnisse des Kommissars zur gesundheitlichen Versorgung der betroffenen Ausländer hält die Bundesregierung für unbegründet. Die Deckung des notwendigen Lebensunterhaltsbedarfs und die unaufschiebbaren medizinischen Leistungen sind ausreichend durch die §§ 4 und 6 AsylbLG gewährleistet.

- 23. Mit welcher Begründung ist – auch vor dem Hintergrund der in der Vorbemerkung erwähnten englischen Gerichtsentscheidungen – die Bundesregierung den in der Stellungnahme des Sachverständigen Stefan Keßler (Jesuiten-Flüchtlingsdienst; Ausschussdrucksache 16(4)209E, insb. S. 16 ff.) dargelegten grundsätzlichen völkerrechtlichen Bedenken gegen das AsylbLG nicht gefolgt, obwohl sie eine Berücksichtigung der deutschen Verpflichtungen aus internationalen Verträgen bei jedem Gesetzgebungsvorhaben zugesagt hat?

Die Bundesregierung prüft ihr Handeln immer auf die Übereinstimmung mit ihren internationalen Verpflichtungen. Soweit der Sachverständige die Ansicht vertritt, dass u. a. die Verlängerung der Leistungsdauer nach § 2 AsylbLG „zum Teil mit völker- oder verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht in Einklang zu bringen sind“ (so S. 2 der Stellungnahme), teilt die Bundesregierung diese Rechtsansicht nicht.

- a) Weshalb verstoßen die Bestimmungen des AsylbLG nach Auffassung der Bundesregierung insbesondere nicht gegen Artikel 9, 11 Abs. 1 und 12 sowie Artikel 2 Abs. 1 und Artikel 4 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (bitte auseinandersetzen mit den Ausführungen des Sachverständigen Stefan Keßler, a. a. O., S. 16)?

Die Bundesregierung ist nicht der Ansicht, dass der Kerngehalt der genannten Artikel (so die unbelegte Behauptung des Sachverständigen) verletzt ist. Es ist im Gegenteil so, dass das AsylbLG sich im Rahmen der genannten Vorschriften hält.

- b) Weshalb verstößt das AsylbLG nach Auffassung der Bundesregierung nicht gegen das Diskriminierungsverbot aus Artikel 1 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung (CERD) (bitte auseinandersetzen mit den Ausführungen des Sachverständigen Stefan Keßler, ebd.)?

Das Verbot der Diskriminierung einer Person aufgrund ihrer Rasse ergibt sich für Deutschland aus dem Recht eines jeden Menschen auf Achtung und Schutz der Menschenwürde. Die Menschenwürde ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 1 Abs. 1 als oberster Rechtswert festgeschrieben. Das AsylbLG genügt dem Grundsatz der Menschenwürde (s. Antwort zu Frage 6 c) und verstößt somit auch nicht gegen Art. 1 des Abkommens.

- c) Weshalb verstößt das AsylbLG nach Auffassung der Bundesregierung nicht gegen das Diskriminierungsverbot aus Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention – EMRK – (bitte auseinandersetzen mit den Ausführungen des Sachverständigen Stefan Keßler, a. a. O., S. 17, und der von ihm herangezogenen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte – EGMR –)?

Der Sachverständige äußert sich in seinen in der Fragestellung in Bezug genommenen Ausführungen zu zwei Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), die Fälle aus dem Bereich des Sozialversicherungsrechts betrafen (Gaygusuz ./ Österreich, Urteil vom 16. September 1996, Nr. 39/1995/545/631; Poirrez ./ Frankreich, Urteil vom 30. September 2003, Nr. 40892/98). Der Sachverständige folgert aus diesen Entscheidungen, sie führten „zu einem Verbot der Differenzierung bei Sozialleistungen nach der Staatsangehörigkeit“ (a. a. O., S. 17).

Diese Schlussfolgerung lässt sich nach Auffassung der Bundesregierung in dieser Allgemeinheit aus den zitierten Entscheidungen des EGMR nicht ziehen.

Der Gerichtshof hat in beiden Fällen betont, dass die Beschwerdeführer sich in Lebenssituationen befanden, die derjenigen eines österreichischen bzw. französischen Staatsangehörigen entsprachen, da beide Beschwerdeführer sozial integriert und auf Dauer angelegt in den jeweiligen Ländern lebten (Poirrez, a. a. O., Rdnr. 47) bzw. lebten und arbeiteten (Gaygusuz a. a. O., Rdnr. 46 – 48). Er hat weiterhin – in Bestätigung seiner früheren Rechtsprechung – festgehalten, dass die Vertragsstaaten der EMRK grundsätzlich einen Beurteilungsspielraum im Hinblick auf Differenzierungen bei der Gewährung von Sozialleistungen haben.

Die Situation eines Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG ist mit den beiden zitierten Fällen nicht vergleichbar, weil dieses Gesetz konzeptionell gerade diejenigen Ausländer erfasst, deren Aufenthaltsstatus sich nicht bzw. rechtlich oder faktisch nur auf Zeit verfestigt hat. Aus den genannten Entscheidungen des EGMR ergeben sich daher keine Anhaltspunkte dafür, dass der Gesetzgeber den ihm eingeräumten Beurteilungsspielraum mit dem AsylbLG überschritten hätte.

**Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nach Bundesländern, Form der Unterbringung und Hilfearten
1994**

Bundesländer	Insgesamt	Bruttoausgaben nach Hilfearten														
		Leistungen in besonderen Fällen (§ 2)			Grundleistungen (§ 3)			davon Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft u. Geburt (§ 4)			Arbeitsgelegenheiten (§ 5)			Sonstige Leistungen (§ 6)		
		zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾	zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾	zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾	zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾	zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾
EUR																
Baden-Württemberg	339 579 864	264 789 513	249 026 548	15 762 966	48 005 904	34 324 482	13 681 422	24 994 916	15 865 875	9 129 040	718 180	514 546	203 634	1 071 351	703 064	368 287
Bayern	272 087 994	110 798 835	80 404 567	30 394 268	131 964 677	32 044 911	99 919 766	26 079 473	9 989 474	16 089 999	2 097 713	1 570 193	527 520	1 147 296	764 259	383 037
Berlin	318 663 116	286 173 463	106 131 024	180 042 440	26 426 028	10 672 576	15 753 452	5 654 951	877 769	4 777 182	22 213	4 841	17 372	386 460	345 735	40 725
Brandenburg	40 342 235	21 740 607	10 021 889	11 718 718	12 192 629	1 918 267	10 274 362	5 181 735	2 153 912	3 027 823	563 284	192 172	371 113	663 979	251 784	412 196
Bremen	45 636 694	42 224 264	37 587 865	4 636 399	2 475 960	1 594 252	881 708	791 553	598 621	192 932	19 222	15 519	3 703	125 694	62 887	62 807
Hamburg	97 232 888	77 239 331	73 447 079	3 792 252	17 379 322	17 379 322	-	2 346 318	333 874	2 012 445	511	511	-	267 406	267 406	-
Hessen	429 360 695	308 390 027	273 218 281	35 171 747	92 712 094	65 888 134	26 823 959	25 072 654	15 010 364	10 062 290	374 900	261 547	113 353	2 811 021	1 052 537	1 758 484
Mecklenburg-Vorpommern	14 736 028	4 576 525	1 426 825	3 149 700	6 460 326	1 768 549	4 691 777	3 295 367	1 171 853	2 123 514	254 908	45 721	209 187	148 902	49 098	99 804
Niedersachsen	267 834 241	214 725 651	212 941 198	1 784 453	33 362 805	27 279 776	6 083 029	17 694 703	14 742 114	2 952 589	446 848	369 045	77 803	1 604 235	1 459 922	144 313
Nordrhein-Westfalen	668 208 642	439 439 142	402 344 596	37 094 546	178 464 559	97 282 709	81 181 850	46 885 053	35 426 415	11 458 638	1 331 547	1 247 270	84 277	2 088 340	1 652 102	436 238
Rheinland-Pfalz	141 367 344	98 958 874	96 665 942	2 292 931	32 613 002	29 018 547	3 594 455	8 380 103	5 115 932	3 264 170	795 867	505 886	289 981	619 499	616 248	3 250
Saarland	55 680 597	47 445 007	43 537 698	3 907 309	4 651 871	4 327 414	324 457	2 703 298	1 385 094	1 318 205	239 736	168 462	71 274	640 685	94 966	545 719
Sachsen	27 031 547	2 248 637	22 290	2 226 347	18 895 190	148 013	18 747 176	5 751 280	98 867	5 652 413	27 996	-	27 996	108 443	804	107 639
Sachsen-Anhalt	46 578 189	1 988 810	450 477	1 538 333	36 434 328	2 788 744	33 645 584	8 059 541	1 316 587	6 742 955	27 412	1 443	25 969	68 098	13 890	54 209
Schleswig-Holstein	50 613 147	29 971 745	25 778 907	4 192 838	12 174 827	5 330 378	6 844 449	5 402 510	3 294 546	2 107 964	345 084	52 846	292 238	2 718 982	210 692	2 508 290
Thüringen	38 874 632	10 647 297	-	10 647 297	25 307 265	-	25 307 265	2 275 340	-	2 275 340	364 620	-	364 620	280 109	-	280 109
Deutschland	2 853 827 855	1 961 357 729	1 613 005 186	348 352 543	679 520 787	331 766 076	347 754 710	190 568 795	107 381 296	83 187 499	7 630 042	4 950 001	2 680 041	14 750 501	7 545 394	7 205 108

1) außerhalb von Einrichtungen
2) in Einrichtungen

Anhang 1
Jahr 1994

**Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nach Bundesländern, Form der Unterbringung und Hilfearten
2000**

Land	Bruttoausgaben nach Hilfearten															
	Insgesamt	Leistungen in besonderen Fällen (§ 2)			Grundleistungen (§ 3)			davon Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft u. Geburt (§ 4)			Arbeitsgelegenheiten (§ 5)			Sonstige Leistungen (§ 6)		
		zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾	zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾	zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾	zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾	zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾
	EUR															
Baden-Württemberg	197 273 470	12 698 043	11 771 402	926 641	129 499 942	108 135 637	21 364 305	47 664 248	33 473 770	14 190 478	2 128 157	987 777	1 140 380	5 283 079	4 005 572	1 277 508
Bayern	192 756 646	21 138 428	18 160 128	2 978 300	130 408 245	35 145 247	95 262 998	35 782 190	14 651 088	21 131 101	3 189 342	2 029 958	1 159 384	2 238 441	1 513 259	725 182
Berlin	180 816 443	19 494 564	14 720 830	4 773 734	138 400 367	73 273 436	65 126 931	19 218 009	1 967 013	17 250 996	244 815	244 431	384	3 458 689	2 427 718	1 030 970
Brandenburg	38 969 920	4 920 913	1 919 463	3 001 450	25 287 100	4 880 624	20 406 477	7 637 978	2 065 005	5 572 973	500 509	108 562	391 947	623 420	289 564	333 856
Bremen	30 102 222	3 676 671	2 517 067	1 159 603	19 531 761	14 046 768	5 484 993	5 400 773	5 338 741	62 032	170 770	170 353	418	1 322 247	1 308 036	14 211
Hamburg	74 479 377	3 640 398	3 253 862	386 537	55 093 234	55 093 234	12 920 857	5 347 090	7 573 767	-	-	-	-	2 824 888	2 824 888	-
Hessen	218 322 717	35 450 972	25 604 160	9 846 812	136 226 716	112 863 523	23 363 192	41 257 213	29 248 769	12 008 443	592 160	472 600	119 560	4 795 657	3 133 169	1 662 488
Mecklenburg-Vorpommern	28 103 338	1 703 827	1 016 519	687 308	18 555 443	4 645 757	13 909 686	6 690 575	2 446 445	4 244 130	640 966	205 949	435 017	512 527	249 942	262 585
Niedersachsen	165 926 625	14 330 018	13 440 417	889 601	109 500 091	92 969 723	16 530 368	35 592 343	28 658 917	6 933 426	1 416 392	1 099 588	316 804	5 087 781	4 595 707	492 073
Nordrhein-Westfalen	504 987 982	27 265 127	25 612 040	1 653 087	351 834 913	313 596 735	38 238 177	115 242 864	91 602 510	23 640 354	4 632 824	4 335 007	297 817	6 012 254	5 580 416	431 838
Rheinland-Pfalz	85 439 598	2 247 811	2 222 285	25 526	61 864 938	59 284 671	2 580 266	17 598 939	11 803 495	5 795 443	1 410 692	1 287 815	122 877	2 317 219	2 193 051	124 168
Saarland	32 582 715	8 193 256	7 665 842	527 414	16 800 916	13 366 125	3 434 791	5 680 991	3 077 497	2 603 494	701 124	513 047	188 077	1 206 428	682 027	524 401
Sachsen	68 911 924	2 038 026	434 253	1 603 773	54 672 932	2 392 227	52 280 705	11 618 959	1 149 819	10 469 140	33 981	-	33 981	548 026	68 132	479 893
Sachsen-Anhalt	45 843 173	949 974	640 301	309 673	36 133 339	14 395 515	21 737 824	8 031 143	3 394 571	4 636 573	83 605	58 497	25 107	645 112	395 707	249 406
Schleswig-Holstein	44 232 838	4 526 385	4 398 665	127 720	29 243 493	22 610 977	6 632 516	9 301 162	6 799 599	2 501 563	446 628	248 414	198 215	715 170	652 557	62 613
Thüringen	36 458 271	2 473 224	1 328 416	1 144 808	27 352 920	2 075 103	25 277 818	5 481 598	588 231	4 893 367	216 564	1 788	214 776	933 964	58 772	875 192
Deutschland	1 945 207 258	164 747 637	134 705 650	30 041 987	1 340 406 350	928 775 303	411 631 047	385 119 840	241 612 560	143 507 279	16 408 529	11 763 785	4 644 744	38 524 902	29 978 516	8 546 386

1) außerhalb von Einrichtungen
2) in Einrichtungen

Anhang 1
Jahr 2000

**Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nach Bundesländern, Form der Unterbringung und Hilfearten
2006**

Land	Insgesamt	Bruttoausgaben nach Hilfearten														
		Leistungen in besonderen Fällen (§ 2)			Grundleistungen (§ 3)			davon Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft u. Geburt (§ 4)			Arbeitsgelegenheiten (§ 5)			Sonstige Leistungen (§ 6)		
		zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾	zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾	zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾	zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾	zusammen	avE ¹⁾	iE ²⁾
EUR																
Baden-Württemberg	84 140 965	11 557 762	9 654 362	1 903 400	47 587 803	36 471 081	11 116 722	20 474 206	12 722 251	7 751 955	939 820	350 811	589 009	3 581 374	2 908 583	672 791
Bayern	101 352 446	6 866 223	5 465 663	1 400 560	70 171 770	6 998 122	63 173 648	20 353 191	5 251 228	15 101 963	1 210 763	509 078	701 685	2 750 499	1 886 595	863 904
Berlin	86 964 520	38 929 056	35 741 618	3 187 438	33 556 727	24 559 174	8 997 553	12 634 118	6 973 461	5 660 657	47 973	47 973		1 796 646	1 350 695	445 951
Brandenburg	24 789 842	8 309 038	5 295 851	3 013 187	10 359 300	2 492 214	7 867 086	5 554 148	2 170 977	3 383 171	243 624	33 391	210 233	323 732	142 252	181 480
Bremen	27 006 439	11 951 620	10 849 881	1 101 739	9 183 276	6 933 746	2 249 530	5 449 122	5 438 797	10 325	35 671	35 671	-	386 750	380 585	6 165
Hamburg	55 154 754	8 328 233	8 276 963	51 270	30 783 772	30 783 772	-	14 067 260	7 580 878	6 486 382	24 610	24 610	-	1 950 879	1 950 879	-
Hessen	97 996 142	35 733 556	26 153 076	9 580 480	45 451 845	29 109 357	16 342 488	15 106 410	9 844 947	5 261 463	150 607	86 395	64 212	1 553 724	1 238 107	315 617
Mecklenburg-Vorpommern	22 076 566	5 704 323	4 235 484	1 468 839	10 874 196	3 098 049	7 776 147	4 951 845	1 855 738	3 096 107	312 912	39 867	273 045	233 290	120 444	112 846
Niedersachsen	140 219 452	62 080 138	61 002 946	1 077 192	55 085 739	45 884 722	9 201 017	19 071 975	15 540 511	3 531 464	865 503	533 135	332 368	3 116 097	2 702 920	413 177
Nordrhein-Westfalen	337 569 251	72 057 018	66 755 986	5 301 032	183 864 911	164 494 976	19 369 935	74 442 689	58 655 494	15 787 195	3 323 403	2 832 181	491 222	3 881 230	3 509 909	371 321
Rheinland-Pfalz	39 182 060	5 748 247	5 500 944	247 303	23 582 354	22 374 462	1 207 892	8 639 314	5 525 601	3 113 713	652 337	618 242	34 095	559 808	524 464	35 344
Saarland	10 222 816	4 827 674	3 760 104	1 067 570	3 114 314	2 034 538	1 079 776	1 937 399	357 696	1 579 703	178 527	54 263	124 264	164 902	27 590	137 312
Sachsen	45 456 470	12 657 120	7 888 188	4 768 932	24 275 862	3 943 199	20 332 663	7 913 102	2 119 813	5 793 289	91 465	3 586	87 879	518 921	249 058	269 863
Sachsen-Anhalt	35 065 227	4 984 457	4 678 200	306 257	23 428 271	13 695 553	9 732 718	6 188 508	3 602 798	2 585 710	41 875	29 638	12 237	422 116	352 590	69 526
Schleswig-Holstein	32 707 798	14 112 937	13 736 517	376 420	12 642 683	7 873 921	4 768 762	5 029 070	3 360 030	1 669 040	229 284	99 808	129 476	693 824	667 877	25 947
Thüringen	25 178 567	8 341 740	4 158 456	4 183 284	12 689 839	1 633 987	11 055 852	3 811 080	477 836	3 333 244	126 723	5 014	121 709	209 185	35 517	173 668
Deutschland	1 165 083 315	312 189 142	273 154 239	39 034 903	596 652 662	402 380 873	194 271 789	225 623 437	141 478 056	84 145 381	8 475 097	5 303 663	3 171 434	22 142 977	18 048 065	4 094 912

1) außerhalb von Einrichtungen

2) in Einrichtungen

Empfänger/-innen von Regelleistungen nach aufenthaltsrechtlichem Status, Geschlecht und Altersgruppe am 31.12.1994

Land	Insgesamt	und zwar nach aufenthaltsrechtlichem Status und Altersgruppen											
		Aufenthaltsgestaltung			vollziehbar zur Ausreise verpflichtet			Familienangehörige(r)			geduldet(e) r Ausländer(in)		
		unter 18	18 - 65	65 u. älter	unter 18	18-65	65 u. älter	unter 18	18-65	65 u. älter	unter 18	18-65	65 u. älter
Männlich													
Baden-Württemberg	36 828	6 235	17 611	130	196	586	4	4 593	178	7	2 443	4 620	225
Bayern	31 714	2 532	19 103	120	234	941	6	3 313	118	x	1 882	3 298	166
Berlin	13 544	801	1 920	12	546	1 176	x	457	23	-	3 335	5 115	157
Brandenburg	5 299	607	3 684	x	16	134	-	308	x	-	131	409	5
Bremen	3 002	972	1 396	9	-	-	-	-	-	-	302	317	6
Hamburg	8 416	2 070	3 534	53	287	613	x	400	x	-	533	914	10
Hessen	29 346	1 077	17 512	178	75	576	x	7 865	336	x	380	1 315	29
Mecklenburg-Vorpommern	2 382	257	1 515	6	-	15	-	232	10	-	100	242	5
Niedersachsen	26 725	4 866	10 403	95	302	710	x	3 925	259	10	1 857	4 214	82
Nordrhein-Westfalen	64 758	5 337	33 599	458	380	1 174	17	16 578	912	19	2 365	3 810	109
Rheinland-Pfalz	12 950	2 000	7 052	57	86	212	x	2 230	111	x	421	757	20
Saarland	6 138	1 027	2 696	35	159	196	8	883	84	-	308	721	21
Sachsen	5 014	259	3 253	5	12	186	-	597	6	-	88	603	5
Sachsen-Anhalt	4 672	279	3 172	7	12	77	x	219	-	-	90	812	x
Schleswig-Holstein	5 306	597	2 608	8	61	260	-	772	17	x	213	758	11
Thüringen	3 441	90	2 317	x	12	57	-	583	11	-	76	292	x
Deutschland	259 535	29 006	131 375	1 177	2 378	6 913	46	42 955	2 069	41	14 524	28 197	854
Weiblich													
Baden-Württemberg	27 804	5 350	7 826	200	158	207	4	4 203	1 763	29	2 580	5 038	446
Bayern	18 456	1 992	5 386	116	190	319	8	2 927	1 769	7	1 937	3 519	286
Berlin	11 559	641	1 012	18	451	594	8	378	60	-	3 261	4 891	245
Brandenburg	2 560	471	1 216	x	7	35	-	248	161	-	150	259	10
Bremen	2 170	801	779	20	-	-	-	-	-	-	277	283	10
Hamburg	4 634	1 365	1 772	84	118	159	x	353	64	-	295	395	27
Hessen	18 789	704	7 025	242	69	184	6	7 108	2 325	35	363	688	40
Mecklenburg-Vorpommern	1 223	173	449	x	x	5	-	178	136	x	96	169	12
Niedersachsen	20 317	3 848	5 307	123	256	387	5	3 529	1 872	32	1 783	3 050	125
Nordrhein-Westfalen	49 035	4 365	11 901	562	381	623	29	15 501	9 286	133	2 213	3 836	205
Rheinland-Pfalz	9 484	1 734	3 253	83	59	100	4	2 148	1 003	8	372	687	33
Saarland	4 821	893	1 362	32	151	221	18	822	424	6	293	576	23
Sachsen	1 980	147	560	x	x	37	-	502	372	x	112	228	16
Sachsen-Anhalt	1 586	169	734	x	14	45	x	206	28	-	82	303	x
Schleswig-Holstein	3 222	461	1 010	9	67	110	-	698	261	x	209	379	16
Thüringen	1 443	26	605	x	6	22	-	474	80	-	80	146	x
Deutschland	179 083	23 140	50 197	1 501	1 931	3 048	85	39 275	19 604	254	14 103	24 447	1 498
Insgesamt													
Baden-Württemberg	64 632	11 585	25 437	330	354	793	8	8 796	1 941	36	5 023	9 658	671
Bayern	50 170	4 524	24 489	236	424	1 260	14	6 240	1 887	8	3 819	6 817	452
Berlin	25 103	1 442	2 932	30	997	1 770	10	835	83	-	6 596	10 006	402
Brandenburg	7 859	1 078	4 900	5	23	169	-	556	164	-	281	668	15
Bremen	5 172	1 773	2 175	29	-	-	-	-	-	-	579	600	16
Hamburg	13 050	3 435	5 306	137	405	772	x	753	65	-	828	1 309	37
Hessen	48 135	1 781	24 537	420	144	760	7	14 973	2 661	37	743	2 003	69
Mecklenburg-Vorpommern	3 605	430	1 964	9	x	20	-	410	146	x	196	411	17
Niedersachsen	47 042	8 714	15 710	218	558	1 097	7	7 454	2 131	42	3 640	7 264	207
Nordrhein-Westfalen	113 793	9 702	45 500	1 020	761	1 797	46	32 079	10 198	152	4 578	7 646	314
Rheinland-Pfalz	22 434	3 734	10 305	140	145	312	7	4 378	1 114	9	793	1 444	53
Saarland	10 959	1 920	4 058	67	310	417	26	1 705	508	6	601	1 297	44
Sachsen	6 994	406	3 813	7	15	223	-	1 099	378	x	200	831	21
Sachsen-Anhalt	6 258	448	3 906	10	26	122	x	425	28	-	172	1 115	x
Schleswig-Holstein	8 528	1 058	3 618	17	128	370	-	1 470	278	x	422	1 137	27
Thüringen	4 884	116	2 922	x	18	79	-	1 057	91	-	156	438	4
Deutschland	438 618	52 146	181 572	2 678	4 309	9 961	131	82 230	21 673	295	28 627	52 644	2 352

X Zahlenwert wegen Datenschutz gesperrt

Empfänger/-innen von Regelleistungen nach aufenthaltsrechtlichem Status, Geschlecht und Altersgruppe am 31.12.2000

und zwar nach aufenthaltsrechtlichem Status und Altersgruppen

Insgesamt	Aufenthaltsgestattung			vollziehbar zur Ausreise verpflichtet			Familienangehörige(r)			geduldet(e)(r) Ausländer(in)			Einreise über einen Flughafen			Aufenthaltsbefugnis wg. Krieg im Heimatland			
	unter 18	18-65	65 u. älter	unter 18	18-65	65 u. älter	unter 18	18-65	65 u. älter	unter 18	18-65	65 u. älter	unter 18	18-65	65 u. älter	unter 18	18-65	65 u. älter	
																			Alter von ... bis unter ... Jahren
Männlich																			
Baden-Württemberg	18 550	1 743	4 757	63	956	1 533	29	2 117	88	-	2 607	4 459	88	50	18	-	13	28	x
Bayern	19 173	578	7 135	43	296	2 350	18	3 795	212	X	1 134	3 476	65	x	-	-	11	54	x
Berlin	14 079	522	3 168	34	61	400	x	3 723	243	X	1 032	4 718	96	-	x	-	30	43	-
Brandenburg	6 479	480	3 277	10	23	88	-	340	13	X	239	2 004	x	-	-	-	x	x	-
Bremen	2 460	710	1 226	11	71	65	-	42	x	4	136	187	7	-	-	-	x	x	-
Hamburg	11 169	1 663	1 812	82	267	551	9	428	6	5	2 245	3 949	70	-	x	x	27	53	4
Hessen	21 255	4 238	9 683	200	420	918	13	2 756	174	6	871	1 842	54	x	x	-	18	58	x
Mecklenburg-Vorpommern	4 358	484	2 545	20	52	295	x	361	12	7	107	476	4	-	-	-	x	-	-
Niedersachsen	18 799	2 930	5 963	66	810	1 308	15	2 521	142	8	1 842	3 012	51	x	-	-	59	77	x
Nordrhein-Westfalen	52 654	4 952	18 667	252	1 627	3 516	71	10 733	693	9	3 321	6 160	112	811	1 417	21	190	106	-
Rheinland-Pfalz	8 211	1 284	2 997	39	253	436	4	1 128	91	10	704	1 195	28	x	7	-	21	21	-
Saarland	3 128	283	946	11	88	210	5	530	45	11	381	578	19	x	-	-	10	18	x
Sachsen	8 825	264	5 547	16	97	752	-	858	47	12	253	979	4	-	x	x	x	x	-
Sachsen-Anhalt	5 626	667	1 848	10	89	352	-	372	11	13	348	1 907	6	x	4	-	x	7	-
Schleswig-Holstein	4 865	799	2 035	18	130	265	x	441	16	14	268	854	7	-	-	-	5	24	-
Thüringen	4 587	491	2 280	x	26	305	x	464	30	15	282	696	4	-	-	-	x	x	-
Deutschland	204 218	22 088	73 886	878	5 266	13 344	172	30 609	1 824	18	15 770	36 492	618	870	1 455	23	397	495	13
Weiblich																			
Baden-Württemberg	14 245	1 288	2 139	82	923	1 120	41	1 960	734	-	2 449	3 229	161	47	38	x	7	14	-
Bayern	11 739	247	1 830	42	262	741	18	3 249	2 455	X	981	1 761	86	-	x	-	14	29	x
Berlin	10 801	414	1 144	36	50	159	x	3 399	1 882	X	975	2 525	136	-	x	-	20	34	x
Brandenburg	2 485	349	894	7	7	31	-	306	89	X	148	639	7	-	-	-	6	x	-
Bremen	1 824	672	676	39	58	48	x	35	x	4	124	156	11	-	-	-	-	x	-
Hamburg	8 163	1 104	1 299	108	245	307	8	384	90	5	1 805	2 597	125	x	-	-	36	50	4
Hessen	18 031	3 819	7 221	331	405	668	30	2 497	632	6	843	1 410	87	x	x	-	17	53	x
Mecklenburg-Vorpommern	2 047	351	816	14	52	96	x	333	130	7	72	177	x	-	-	-	-	x	-
Niedersachsen	15 173	2 523	3 391	99	746	911	29	2 389	923	8	1 749	2 204	77	-	-	-	52	69	x
Nordrhein-Westfalen	42 681	4 312	9 310	379	1 513	2 479	81	10 146	4 533	9	3 144	4 612	171	666	978	28	155	121	7
Rheinland-Pfalz	6 558	1 030	1 677	58	251	293	7	1 082	443	10	669	958	39	-	4	-	14	28	x
Saarland	2 543	281	428	9	73	112	4	472	282	11	353	464	23	-	-	-	16	16	x
Sachsen	3 041	69	765	12	84	229	x	763	563	12	226	308	9	-	-	-	x	x	-
Sachsen-Anhalt	2 521	417	682	9	70	111	x	280	152	13	228	546	6	-	x	-	4	8	x
Schleswig-Holstein	3 191	647	1 102	21	116	151	x	393	113	14	231	386	11	-	-	-	6	11	-
Thüringen	2 381	317	815	11	29	71	x	387	137	15	253	349	6	-	-	-	x	x	-
Deutschland	147 424	17 840	34 189	1 257	4 884	7 527	234	28 075	13 159	146	14 250	22 321	958	715	1 025	30	350	439	25
Insgesamt																			
Baden-Württemberg	32 795	3 031	6 896	145	1 879	2 653	70	4 077	822	-	5 056	7 688	249	97	56	x	20	42	x
Bayern	30 912	825	8 965	85	558	3 091	36	7 044	2 667	X	2 115	5 237	151	x	x	-	25	83	4
Berlin	24 880	936	4 312	70	111	559	4	7 122	2 125	X	2 007	7 243	232	-	x	-	50	77	x
Brandenburg	8 964	829	4 171	17	30	119	-	646	102	X	387	2 643	10	-	-	-	7	x	-
Bremen	4 284	1 382	1 902	50	129	113	x	77	x	4	260	343	18	-	-	-	x	x	-
Hamburg	19 332	2 767	3 111	190	512	858	17	812	96	5	4 050	6 546	195	x	x	x	63	103	8
Hessen	39 286	8 057	16 904	531	825	1 586	43	5 253	806	6	1 714	3 252	141	x	4	-	35	111	6
Mecklenburg-Vorpommern	6 405	835	3 361	34	104	391	x	694	142	7	179	653	7	-	-	-	x	x	-
Niedersachsen	33 972	5 453	9 354	165	1 556	2 219	44	4 910	1 065	8	3 591	5 216	128	x	-	-	111	146	4
Nordrhein-Westfalen	95 335	9 264	27 977	631	3 140	5 995	152	20 879	5 226	9	6 465	10 772	283	1 477	2 395	49	345	227	7
Rheinland-Pfalz	14 769	2 314	4 674	97	504	729	11	2 210	534	10	1 373	2 153	67	x	11	-	35	49	x
Saarland	5 671	564	1 374	20	161	322	9	1 002	327	11	734	1 042	42	x	-	-	26	34	4
Sachsen	11 866	333	6 312	28	181	981	x	1 621	610	12	479	1 287	13	-	x	x	4	5	-
Sachsen-Anhalt	8 147	1 084	2 530	19	159	463	x	652	163	13	576	2 453	12	x	6	-	7	15	x
Schleswig-Holstein	8 056	1 446	3 137	39	246	416	6	834	129	14	499	1 240	18	-	-	-	11	35	-
Thüringen	6 968	808	3 095	14	55	376	5	851	167	15	535	1 045	10	-	-	-	4	x	-
Deutschland	351 642	39 928	108 075	2 135	10 150	20 871	406	58 684	14 983	164	30 020	58 813	1 576	1 585	2 480	53	747	934	38

X Zahlenwert wegen Datenschutz gesperrt

Empfänger/-innen von Regelleistungen nach der bisherigen Dauer der Leistungsgewährung, Geschlecht und Altersgruppe am 31.12.1994

Land	Insgesamt	Davon mit einer bisherigen Dauer der Leistungsgewährung von ... bis unter ... Monaten											
		bis 12			12 - 24			24 - 36			36 und mehr		
		unter 18	18 - 65	65 u. älter	unter 18	18 - 65	65 u. älter	unter 18	18 - 65	65 u. älter	unter 18	18 - 65	65 u. älter
		Männlich											
Baden-Württemberg	36 828	6 467	12 589	152	7 000	10 406	214	-	-	-	-	-	-
Bayern	31 714	4 614	14 481	166	3 347	8 979	127	-	-	-	-	-	-
Berlin	13 544	2 009	3 534	59	3 130	4 700	112	-	-	-	-	-	-
Brandenburg	5 299	676	2 587	6	386	1 643	x	-	-	-	-	-	-
Bremen	3 002	704	899	6	570	814	9	-	-	-	-	-	-
Hamburg	8 416	1 076	1 522	14	2 214	3 540	50	-	-	-	-	-	-
Hessen	29 346	4 240	8 578	103	5 157	11 161	107	-	-	-	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	2 382	368	1 237	6	221	545	5	-	-	-	-	-	-
Niedersachsen	26 725	4 067	6 832	79	6 883	8 754	110	-	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	64 758	15 152	26 278	378	9 508	13 217	225	-	-	-	-	-	-
Rheinland-Pfalz	12 950	1 783	3 847	27	2 954	4 285	54	-	-	-	-	-	-
Saarland	6 138	688	1 389	32	1 689	2 308	32	-	-	-	-	-	-
Sachsen	5 014	596	2 711	9	360	1 337	x	-	-	-	-	-	-
Sachsen-Anhalt	4 672	381	2 504	6	219	1 557	5	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	5 306	848	2 180	8	795	1 463	12	-	-	-	-	-	-
Thüringen	3 441	528	2 009	x	233	668	x	-	-	-	-	-	-
Deutschland	259 535	44 197	93 177	1 053	44 666	75 377	1 065	-	-	-	-	-	-
		Weiblich											
Baden-Württemberg	27 804	5 873	7 564	293	6 418	7 270	386	-	-	-	-	-	-
Bayern	18 456	4 022	6 592	224	3 024	4 401	193	-	-	-	-	-	-
Berlin	11 559	1 772	2 551	94	2 959	4 006	177	-	-	-	-	-	-
Brandenburg	2 560	566	1 012	8	310	659	5	-	-	-	-	-	-
Bremen	2 170	608	540	14	470	522	16	-	-	-	-	-	-
Hamburg	4 634	548	662	21	1 583	1 728	92	-	-	-	-	-	-
Hessen	18 789	3 798	4 961	158	4 446	5 261	165	-	-	-	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	1 223	260	445	4	188	314	12	-	-	-	-	-	-
Niedersachsen	20 317	3 192	4 098	117	6 224	6 518	168	-	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	49 035	13 818	16 554	550	8 642	9 092	379	-	-	-	-	-	-
Rheinland-Pfalz	9 484	1 569	2 068	54	2 744	2 975	74	-	-	-	-	-	-
Saarland	4 821	643	1 012	30	1 516	1 571	49	-	-	-	-	-	-
Sachsen	1 980	484	735	11	280	462	8	-	-	-	-	-	-
Sachsen-Anhalt	1 586	284	634	x	187	476	x	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	3 222	675	939	13	760	821	14	-	-	-	-	-	-
Thüringen	1 443	380	582	4	206	271	-	-	-	-	-	-	-
Deutschland	179 083	38 492	50 949	1 597	39 957	46 347	1 741	-	-	-	-	-	-
		Insgesamt											
Baden-Württemberg	64 632	12 340	20 153	445	13 418	17 676	600	-	-	-	-	-	-
Bayern	50 170	8 636	21 073	390	6 371	13 380	320	-	-	-	-	-	-
Berlin	25 103	3 781	6 085	153	6 089	8 706	289	-	-	-	-	-	-
Brandenburg	7 859	1 242	3 599	14	696	2 302	6	-	-	-	-	-	-
Bremen	5 172	1 312	1 439	20	1 040	1 336	25	-	-	-	-	-	-
Hamburg	13 050	1 624	2 184	35	3 797	5 268	142	-	-	-	-	-	-
Hessen	48 135	8 038	13 539	261	9 603	16 422	272	-	-	-	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	3 605	628	1 682	10	409	859	17	-	-	-	-	-	-
Niedersachsen	47 042	7 259	10 930	196	13 107	15 272	278	-	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	113 793	28 970	42 832	928	18 150	22 309	604	-	-	-	-	-	-
Rheinland-Pfalz	22 434	3 352	5 915	81	5 698	7 260	128	-	-	-	-	-	-
Saarland	10 959	1 331	2 401	62	3 205	3 879	81	-	-	-	-	-	-
Sachsen	6 994	1 080	3 446	20	640	1 799	9	-	-	-	-	-	-
Sachsen-Anhalt	6 258	665	3 138	8	406	2 033	8	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	8 528	1 523	3 119	21	1 555	2 284	26	-	-	-	-	-	-
Thüringen	4 884	908	2 591	6	439	939	x	-	-	-	-	-	-
Deutschland	438 618	82 689	144 126	2 650	84 623	121 724	2 806	-	-	-	-	-	-

X Zahlenwert wegen Datenschutz gesperrt

Empfänger/-innen von Regelleistungen nach der bisherigen Dauer der Leistungsgewährung, Geschlecht und Altersgruppe am 31.12.2000

Land	Insgesamt	Davon mit einer bisherigen Dauer der Leistungsgewährung von ... bis unter ... Monaten											
		bis 12			12 - 24			24 - 36			36 und mehr		
		unter 18	18 - 65	65 u. älter	unter 18	18 - 65	65 u. älter	unter 18	18 - 65	65 u. älter	unter 18	18 - 65	65 u. älter
		Männlich											
Baden-Württemberg	18 550	2 398	4 385	53	1 472	2 368	46	865	1 285	11	2 751	2 845	71
Bayern	19 173	2 706	7 640	45	1 398	2 783	30	640	1 259	6	1 071	1 545	50
Berlin	14 079	851	2 025	12	1 385	2 513	24	584	1 088	13	2 548	2 948	88
Brandenburg	6 479	822	2 900	11	137	1 252	x	37	703	-	87	528	-
Bremen	2 460	189	393	6	28	30	x	10	18	-	735	1 039	11
Hamburg	11 169	1 751	2 040	61	1 034	1 195	32	575	819	14	1 270	2 319	59
Hessen	21 255	6 336	9 665	215	828	1 183	24	529	907	10	612	923	23
Mecklenburg-Vorpommern	4 358	567	1 840	12	213	623	7	115	506	x	110	359	5
Niedersachsen	18 799	3 457	4 739	60	1 600	2 187	35	867	1 380	7	2 239	2 196	32
Nordrhein-Westfalen	52 654	11 931	16 539	238	4 596	6 761	98	1 591	2 591	39	3 516	4 668	86
Rheinland-Pfalz	8 211	1 499	2 440	34	634	839	14	323	452	5	936	1 016	19
Saarland	3 128	826	1 198	29	134	257	x	92	133	x	241	209	6
Sachsen	8 825	859	3 811	12	305	1 885	5	124	725	x	186	909	x
Sachsen-Anhalt	5 626	829	1 876	11	448	1 236	x	117	666	x	87	351	x
Schleswig-Holstein	4 865	1 088	1 973	18	277	604	5	141	344	x	137	273	x
Thüringen	4 587	902	2 328	4	231	617	x	71	201	-	62	166	x
Deutschland	204 218	37 011	65 792	821	14 720	26 333	331	6 681	13 077	111	16 588	22 294	459
		Weiblich											
Baden-Württemberg	14 245	2 029	2 517	91	1 347	1 593	62	790	792	28	2 508	2 372	116
Bayern	11 739	2 041	3 235	57	1 210	1 709	37	565	738	9	937	1 135	66
Berlin	10 801	770	1 015	17	1 269	1 531	56	497	625	13	2 322	2 574	112
Brandenburg	2 485	617	1 046	12	102	307	x	33	169	x	64	132	x
Bremen	1 824	208	235	14	24	17	x	9	14	x	648	616	37
Hamburg	8 163	1 155	1 507	86	815	972	45	479	563	23	1 126	1 301	91
Hessen	18 031	5 800	7 575	353	737	1 035	39	476	670	23	569	705	49
Mecklenburg-Vorpommern	2 047	460	678	10	173	279	6	85	130	x	90	133	x
Niedersachsen	15 173	3 006	3 227	103	1 580	1 613	46	786	821	15	2 087	1 837	52
Nordrhein-Westfalen	42 681	10 973	12 063	330	4 260	4 806	171	1 468	1 694	61	3 235	3 470	150
Rheinland-Pfalz	6 558	1 367	1 570	41	566	643	18	280	337	10	833	853	40
Saarland	2 543	813	869	33	119	165	x	88	90	4	175	178	6
Sachsen	3 041	637	1 011	15	246	448	8	104	176	x	157	232	6
Sachsen-Anhalt	2 521	493	776	7	349	444	9	103	162	x	54	119	x
Schleswig-Holstein	3 191	973	1 166	23	220	301	4	90	156	x	110	140	5
Thüringen	2 381	651	946	14	217	287	x	52	73	x	67	67	x
Deutschland	147 424	31 993	39 436	1 206	13 234	16 150	509	5 905	7 210	196	14 982	15 864	739
		Insgesamt											
Baden-Württemberg	32 795	4 427	6 902	144	2 819	3 961	108	1 655	2 077	39	5 259	5 217	187
Bayern	30 912	4 747	10 875	102	2 608	4 492	67	1 205	1 997	15	2 008	2 680	116
Berlin	24 880	1 621	3 040	29	2 654	4 044	80	1 081	1 713	26	4 870	5 522	200
Brandenburg	8 964	1 439	3 946	23	239	1 559	x	70	872	x	151	660	x
Bremen	4 284	397	628	20	52	47	x	19	32	x	1 383	1 655	48
Hamburg	19 332	2 906	3 547	147	1 849	2 167	77	1 054	1 382	37	2 396	3 620	150
Hessen	39 286	12 136	17 240	568	1 565	2 218	63	1 005	1 577	33	1 181	1 628	72
Mecklenburg-Vorpommern	6 405	1 027	2 518	22	386	902	13	200	636	x	200	492	7
Niedersachsen	33 972	6 463	7 966	163	3 180	3 800	81	1 653	2 201	22	4 326	4 033	84
Nordrhein-Westfalen	95 335	22 904	28 602	568	8 856	11 567	269	3 059	4 285	100	6 751	8 138	236
Rheinland-Pfalz	14 769	2 866	4 010	75	1 200	1 482	32	603	789	15	1 769	1 869	59
Saarland	5 671	1 639	2 067	62	253	422	5	180	223	5	416	387	12
Sachsen	11 866	1 496	4 822	27	551	2 333	13	228	901	x	343	1 141	9
Sachsen-Anhalt	8 147	1 322	2 652	18	797	1 680	12	220	828	x	141	470	4
Schleswig-Holstein	8 056	2 061	3 139	41	497	905	9	231	500	5	247	413	8
Thüringen	6 968	1 553	3 274	18	448	904	6	123	274	x	129	233	5
Deutschland	351 642	69 004	105 228	2 027	27 954	42 483	840	12 586	20 287	307	31 570	38 158	1 198

X Zahlenwert wegen Datenschutz gesperrt

Empfänger/-innen von Regelleistungen nach der bisherigen Dauer der Leistungsgewährung, Geschlecht und Altersgruppe am 31.12.2006

Land	Insgesamt	Davon mit einer bisherigen Dauer der Leistungsgewährung von ... bis unter ... Monaten											
		bis 12			12 - 24			24 - 36			36 und mehr		
		unter 18	18 - 65	65 u. älter	unter 18	18 - 65	65 u. älter	unter 18	18 - 65	65 u. älter	unter 18	18 - 65	65 u. älter
		Männlich											
Baden-Württemberg	9 240	678	1 780	33	490	1 315	20	368	946	14	1 379	2 140	77
Bayern	8 029	769	2 938	39	470	1 461	18	202	652	9	420	1 022	29
Berlin	8 003	851	1 907	14	396	873	8	153	340	4	1 369	2 038	50
Brandenburg	3 156	202	826	-	108	410	x	53	334	x	118	1 096	5
Bremen	2 287	276	291	7	-	-	-	-	-	-	610	1 083	20
Hamburg	5 559	118	234	5	80	232	4	120	343	6	1 577	2 708	132
Hessen	8 129	714	1 387	64	721	1 531	53	209	438	7	1 087	1 837	81
Mecklenburg-Vorpommern	2 223	107	372	-	66	201	x	92	246	x	337	788	11
Niedersachsen	13 993	1 461	2 236	32	1 249	1 930	31	449	866	12	2 531	3 135	61
Nordrhein-Westfalen	31 607	940	1 818	28	3 026	4 726	122	848	1 860	21	7 450	10 507	261
Rheinland-Pfalz	3 759	378	794	12	281	529	5	180	336	6	392	823	23
Saarland	1 206	66	162	x	140	210	x	41	105	x	142	326	8
Sachsen	4 893	228	1 082	8	197	839	x	145	527	x	355	1 500	8
Sachsen-Anhalt	4 017	235	667	4	185	571	x	103	412	x	445	1 381	10
Schleswig-Holstein	2 563	114	285	5	130	365	x	48	111	x	573	910	19
Thüringen	2 660	299	665	7	205	389	x	128	314	x	126	521	x
Deutschland	111 324	7 436	17 444	259	7 744	15 582	277	3 139	7 830	91	18 911	31 815	796
		Weiblich											
Baden-Württemberg	6 557	574	954	47	474	729	36	303	479	14	1 289	1 543	115
Bayern	4 648	590	1 271	52	422	728	48	188	339	13	376	583	38
Berlin	5 165	703	884	27	252	441	17	126	193	6	1 157	1 277	82
Brandenburg	1 460	175	379	x	88	166	x	53	124	4	123	336	7
Bremen	1 852	281	239	14	-	-	-	-	-	-	610	674	34
Hamburg	4 470	111	229	7	101	172	8	117	214	8	1 440	1 881	182
Hessen	6 820	696	1 049	124	729	1 046	108	191	316	11	1 001	1 451	98
Mecklenburg-Vorpommern	1 365	93	192	5	61	90	5	71	113	4	321	400	10
Niedersachsen	11 475	1 312	1 654	68	1 113	1 387	57	396	559	26	2 299	2 493	111
Nordrhein-Westfalen	26 809	891	1 302	45	2 831	3 799	198	771	1 109	37	6 994	8 468	364
Rheinland-Pfalz	2 999	346	504	21	278	416	14	201	237	7	367	564	44
Saarland	908	70	99	7	140	182	4	40	55	x	134	169	6
Sachsen	2 146	199	348	4	192	282	5	142	193	4	299	471	7
Sachsen-Anhalt	2 081	189	295	x	215	252	x	68	136	x	415	489	15
Schleswig-Holstein	1 857	67	156	6	105	194	9	50	61	x	536	647	25
Thüringen	1 626	258	354	5	205	246	5	111	151	x	107	180	x
Deutschland	82 238	6 555	9 909	436	7 206	10 130	519	2 828	4 279	141	17 468	21 626	1 141
		Insgesamt											
Baden-Württemberg	15 797	1 252	2 734	80	964	2 044	56	671	1 425	28	2 668	3 683	192
Bayern	12 677	1 359	4 209	91	892	2 189	66	390	991	22	796	1 605	67
Berlin	13 168	1 554	2 791	41	648	1 314	25	279	533	10	2 526	3 315	132
Brandenburg	4 616	377	1 205	x	196	576	5	106	458	6	241	1 432	12
Bremen	4 139	557	530	21	-	-	-	-	-	-	1 220	1 757	54
Hamburg	10 029	229	463	12	181	404	12	237	557	14	3 017	4 589	314
Hessen	14 949	1 410	2 436	188	1 450	2 577	161	400	754	18	2 088	3 288	179
Mecklenburg-Vorpommern	3 588	200	564	5	127	291	6	163	359	6	658	1 188	21
Niedersachsen	25 468	2 773	3 890	100	2 362	3 317	88	845	1 425	38	4 830	5 628	172
Nordrhein-Westfalen	58 416	1 831	3 120	73	5 857	8 525	320	1 619	2 969	58	14 444	18 975	625
Rheinland-Pfalz	6 758	724	1 298	33	559	945	19	381	573	13	759	1 387	67
Saarland	2 114	136	261	8	280	392	7	81	160	4	276	495	14
Sachsen	7 039	427	1 430	12	389	1 121	7	287	720	6	654	1 971	15
Sachsen-Anhalt	6 098	424	962	6	400	823	5	171	548	4	860	1 870	25
Schleswig-Holstein	4 420	181	441	11	235	559	11	98	172	x	1 109	1 557	44
Thüringen	4 286	557	1 019	12	410	635	8	239	465	x	233	701	4
Deutschland	193 562	13 991	27 353	695	14 950	25 712	796	5 967	12 109	232	36 379	53 441	1 937

X Zahlenwert wegen Datenschutz gesperrt

Anhang 4

Jahr 1994

Empfänger(innen) von Regelleistungen nach Art der Unterbringung und Geschlecht am 31.12.1994

Land	Regelleistungsempfänger(innen)				darunter			
	Insgesamt	Aufnahme- ein- richtung	vergleichbare Einrichtung	anderweitige Unter- bringung	Grundleistungsempfänger(innen)			
					zusammen	Aufnahme- ein- richtung	vergleichbare Einrichtung	anderweitige Unter- bringung
Männlich								
Baden-Württemberg	36 828	1 765	8 305	26 758	4 972	1 139	2 753	1 080
Bayern	31 714	8 952	12 213	10 549	15 791	5 889	7 112	2 790
Berlin	13 544	555	1 693	11 296	3 536	142	441	2 953
Brandenburg	5 299	990	2 007	2 302	2 402	698	672	1 032
Bremen	3 002	12	x	2 989	527	11	-	516
Hamburg	8 416	157	150	8 109	3 328	127	76	3 125
Hessen	29 346	1 531	5 925	21 890	6 505	1 315	1 517	3 673
Mecklenburg-Vorpommern	2 382	158	1 343	881	1 218	95	646	477
Niedersachsen	26 725	2 382	1 208	23 135	6 221	1 919	462	3 840
Nordrhein-Westfalen	64 758	5 295	9 613	49 850	17 168	3 366	3 414	10 388
Rheinland-Pfalz	12 950	844	599	11 507	3 667	787	369	2 511
Saarland	6 138	1 240	6	4 892	789	457	-	332
Sachsen	5 014	233	4 727	54	3 771	232	3 499	40
Sachsen-Anhalt	4 672	468	3 998	206	4 227	467	3 688	72
Schleswig-Holstein	5 306	489	916	3 901	1 618	423	391	804
Thüringen	3 441	894	2 165	382	1 524	893	541	90
Deutschland	259 535	25 965	54 869	178 701	77 264	17 960	25 581	33 723
Weiblich								
Baden-Württemberg	27 804	599	5 302	21 903	2 273	330	1 313	630
Bayern	18 456	3 700	6 689	8 067	7 104	2 114	3 593	1 397
Berlin	11 559	451	1 432	9 676	2 552	66	237	2 249
Brandenburg	2 560	346	906	1 308	1 025	212	239	574
Bremen	2 170	9	-	2 161	378	5	-	373
Hamburg	4 634	61	64	4 509	1 520	51	32	1 437
Hessen	18 789	1 167	3 507	14 115	4 451	1 039	1 086	2 326
Mecklenburg-Vorpommern	1 223	58	643	522	508	43	209	256
Niedersachsen	20 317	1 079	807	18 431	3 614	820	271	2 523
Nordrhein-Westfalen	49 035	2 767	6 781	39 487	10 327	1 529	1 763	7 035
Rheinland-Pfalz	9 484	395	238	8 851	2 140	357	159	1 624
Saarland	4 821	954	x	3 864	447	194	-	253
Sachsen	1 980	45	1 903	32	1 290	45	1 224	21
Sachsen-Anhalt	1 586	90	1 370	126	1 333	90	1 192	51
Schleswig-Holstein	3 222	224	369	2 629	789	188	149	452
Thüringen	1 443	202	1 006	235	414	201	169	44
Deutschland	179 083	12 147	31 020	135 916	40 165	7 284	11 636	21 245
Insgesamt								
Baden-Württemberg	64 632	2 364	13 607	48 661	7 245	1 469	4 066	1 710
Bayern	50 170	12 652	18 902	18 616	22 895	8 003	10 705	4 187
Berlin	25 103	1 006	3 125	20 972	6 088	208	678	5 202
Brandenburg	7 859	1 336	2 913	3 610	3 427	910	911	1 606
Bremen	5 172	21	x	5 150	905	16	-	889
Hamburg	13 050	218	214	12 618	4 848	178	108	4 562
Hessen	48 135	2 698	9 432	36 005	10 956	2 354	2 603	5 999
Mecklenburg-Vorpommern	3 605	216	1 986	1 403	1 726	138	855	733
Niedersachsen	47 042	3 461	2 015	41 566	9 835	2 739	733	6 363
Nordrhein-Westfalen	113 793	8 062	16 394	89 337	27 495	4 895	5 177	17 423
Rheinland-Pfalz	22 434	1 239	837	20 358	5 807	1 144	528	4 135
Saarland	10 959	2 194	9	8 756	1 236	651	-	585
Sachsen	6 994	278	6 630	86	5 061	277	4 723	61
Sachsen-Anhalt	6 258	558	5 368	332	5 560	557	4 880	123
Schleswig-Holstein	8 528	713	1 285	6 530	2 407	611	540	1 256
Thüringen	4 884	1 096	3 171	617	1 938	1 094	710	134
Deutschland	438 618	38 112	85 889	314 617	117 429	25 244	37 217	54 968

X Zahlenwert wegen Datenschutz gesperrt

Anhang 4

Jahr 2000

Empfänger(innen) von Regelleistungen nach Art der Unterbringung und Geschlecht am 31.12.2000

Land	Regelleistungsempfänger(innen) davon nach Art der Unterbringung				darunter Grundleistungsempfänger(innen) davon nach Art der Unterbringung			
	Insgesamt	Aufnahme- ein- richtung	Gemein- schafts- unter- kunft	dezentrale Unter- bringung	zusammen	Aufnahme- ein- richtung	Gemein- schafts- unter- kunft	dezentrale Unter- bringung
Männlich								
Baden-Württemberg	18 550	1 203	5 131	12 216	17 361	1 120	4 999	11 242
Bayern	19 173	1 804	12 827	4 542	18 511	1 802	12 577	4 132
Berlin	14 079	739	3 780	9 560	13 920	739	3 773	9 408
Brandenburg	6 479	302	5 432	745	5 085	295	4 494	296
Bremen	2 460	124	501	1 835	1 943	101	420	1 422
Hamburg	11 169	2 311	3 774	5 084	10 205	2 196	3 475	4 534
Hessen	21 255	330	6 888	14 037	16 663	260	5 543	10 860
Mecklenburg-Vorpommern	4 358	426	3 271	661	3 759	426	2 913	420
Niedersachsen	18 799	850	3 210	14 739	16 905	850	3 052	13 003
Nordrhein-Westfalen	52 654	6 969	22 538	23 147	50 745	6 672	22 086	21 987
Rheinland-Pfalz	8 211	582	891	6 738	7 944	582	865	6 497
Saarland	3 128	1 130	236	1 762	1 870	971	71	828
Sachsen	8 825	323	8 031	471	7 821	323	7 210	288
Sachsen-Anhalt	5 626	302	3 607	1 717	5 339	302	3 476	1 561
Schleswig-Holstein	4 865	280	1 008	3 577	3 847	276	901	2 670
Thüringen	4 587	778	3 224	585	4 109	778	2 997	334
Deutschland	204 218	18 453	84 349	101 416	186 027	17 693	78 852	89 482
Weiblich								
Baden-Württemberg	14 245	576	2 800	10 869	13 231	531	2 722	9 978
Bayern	11 739	707	7 168	3 864	11 336	706	7 082	3 548
Berlin	10 801	464	2 682	7 655	10 673	463	2 679	7 531
Brandenburg	2 485	118	1 729	638	1 789	112	1 455	222
Bremen	1 824	71	304	1 449	1 416	62	264	1 090
Hamburg	8 163	1 440	2 871	3 852	7 257	1 312	2 584	3 361
Hessen	18 031	207	5 081	12 743	13 828	159	3 986	9 683
Mecklenburg-Vorpommern	2 047	140	1 403	504	1 687	140	1 268	279
Niedersachsen	15 173	274	2 159	12 740	13 456	274	2 029	11 153
Nordrhein-Westfalen	42 681	5 633	17 415	19 633	40 897	5 360	16 986	18 551
Rheinland-Pfalz	6 558	236	427	5 895	6 262	236	404	5 622
Saarland	2 543	569	187	1 787	1 319	467	56	796
Sachsen	3 041	80	2 532	429	2 422	80	2 089	253
Sachsen-Anhalt	2 521	98	1 528	895	2 361	98	1 459	804
Schleswig-Holstein	3 191	123	453	2 615	2 280	121	384	1 775
Thüringen	2 381	195	1 679	507	1 997	195	1 497	305
Deutschland	147 424	10 931	50 418	86 075	132 211	10 316	46 944	74 951
Insgesamt								
Baden-Württemberg	32 795	1 779	7 931	23 085	30 592	1 651	7 721	21 220
Bayern	30 912	2 511	19 995	8 406	29 847	2 508	19 659	7 680
Berlin	24 880	1 203	6 462	17 215	24 593	1 202	6 452	16 939
Brandenburg	8 964	420	7 161	1 383	6 874	407	5 949	518
Bremen	4 284	195	805	3 284	3 359	163	684	2 512
Hamburg	19 332	3 751	6 645	8 936	17 462	3 508	6 059	7 895
Hessen	39 286	537	11 969	26 780	30 491	419	9 529	20 543
Mecklenburg-Vorpommern	6 405	566	4 674	1 165	5 446	566	4 181	699
Niedersachsen	33 972	1 124	5 369	27 479	30 361	1 124	5 081	24 156
Nordrhein-Westfalen	95 335	12 602	39 953	42 780	91 642	12 032	39 072	40 538
Rheinland-Pfalz	14 769	818	1 318	12 633	14 206	818	1 269	12 119
Saarland	5 671	1 699	423	3 549	3 189	1 438	127	1 624
Sachsen	11 866	403	10 563	900	10 243	403	9 299	541
Sachsen-Anhalt	8 147	400	5 135	2 612	7 700	400	4 935	2 365
Schleswig-Holstein	8 056	403	1 461	6 192	6 127	397	1 285	4 445
Thüringen	6 968	973	4 903	1 092	6 106	973	4 494	639
Deutschland	351 642	29 384	134 767	187 491	318 238	28 009	125 796	164 433

Anhang 4

Jahr 2006

Empfänger(innen) von Regelleistungen nach Art der Unterbringung und Geschlecht am 31.12.2006

Land	Regelleistungsempfänger(innen) davon nach Art der Unterbringung				darunter Grundleistungsempfänger(innen) davon nach Art der Unterbringung			
	Insgesamt	Aufnahme- ein- richtung	Gemein- schafts- unter- kunft	dezentrale Unter- bringung	zusammen	Aufnahme- ein- richtung	Gemein- schafts- unter- kunft	dezentrale Unter- bringung
Männlich								
Baden-Württemberg	9 240	405	2 577	6 258	8 390	364	2 406	5 620
Bayern	8 029	439	6 478	1 112	7 631	439	6 478	714
Berlin	8 003	1 127	1 047	5 829	4 924	814	908	3 202
Brandenburg	3 156	185	2 296	675	2 310	185	1 869	256
Bremen	2 287	166	435	1 686	1 222	103	192	927
Hamburg	5 559	1 098	1 578	2 883	4 419	953	1 191	2 275
Hessen	8 129	356	2 683	5 090	5 682	316	1 959	3 407
Mecklenburg-Vorpommern	2 223	193	1 429	601	1 658	187	1 179	292
Niedersachsen	13 993	1 013	1 540	11 440	9 021	1 013	1 185	6 823
Nordrhein-Westfalen	31 607	6 420	9 953	15 234	24 651	4 453	8 358	11 840
Rheinland-Pfalz	3 759	252	415	3 092	3 140	242	381	2 517
Saarland	1 206	24	653	529	654	17	408	229
Sachsen	4 893	154	3 407	1 332	3 416	154	2 696	566
Sachsen-Anhalt	4 017	144	2 232	1 641	3 351	140	2 032	1 179
Schleswig-Holstein	2 563	59	543	1 961	1 374	32	443	899
Thüringen	2 660	52	1 928	680	1 814	52	1 513	249
Deutschland	111 324	12 087	39 194	60 043	83 657	9 464	33 198	40 995
Weiblich								
Baden-Württemberg	6 557	235	1 375	4 947	5 673	190	1 247	4 236
Bayern	4 648	199	3 470	979	4 293	199	3 470	624
Berlin	5 165	580	491	4 094	2 600	301	386	1 913
Brandenburg	1 460	65	831	564	910	65	660	185
Bremen	1 852	112	300	1 440	834	59	99	676
Hamburg	4 470	837	1 327	2 306	3 370	682	974	1 714
Hessen	6 820	184	1 864	4 772	4 368	159	1 207	3 002
Mecklenburg-Vorpommern	1 365	87	705	573	909	83	551	275
Niedersachsen	11 475	515	937	10 023	6 688	515	621	5 552
Nordrhein-Westfalen	26 809	5 582	7 677	13 550	20 057	3 674	6 226	10 157
Rheinland-Pfalz	2 999	147	171	2 681	2 390	136	154	2 100
Saarland	908	17	339	552	429	7	194	228
Sachsen	2 146	31	989	1 126	1 154	31	700	423
Sachsen-Anhalt	2 081	49	960	1 072	1 518	47	787	684
Schleswig-Holstein	1 857	39	237	1 581	866	21	198	647
Thüringen	1 626	13	998	615	934	13	693	228
Deutschland	82 238	8 692	22 671	50 875	56 993	6 182	18 167	32 644
Insgesamt								
Baden-Württemberg	15 797	640	3 952	11 205	14 063	554	3 653	9 856
Bayern	12 677	638	9 948	2 091	11 924	638	9 948	1 338
Berlin	13 168	1 707	1 538	9 923	7 524	1 115	1 294	5 115
Brandenburg	4 616	250	3 127	1 239	3 220	250	2 529	441
Bremen	4 139	278	735	3 126	2 056	162	291	1 603
Hamburg	10 029	1 935	2 905	5 189	7 789	1 635	2 165	3 989
Hessen	14 949	540	4 547	9 862	10 050	475	3 166	6 409
Mecklenburg-Vorpommern	3 588	280	2 134	1 174	2 567	270	1 730	567
Niedersachsen	25 468	1 528	2 477	21 463	15 709	1 528	1 806	12 375
Nordrhein-Westfalen	58 416	12 002	17 630	28 784	44 708	8 127	14 584	21 997
Rheinland-Pfalz	6 758	399	586	5 773	5 530	378	535	4 617
Saarland	2 114	41	992	1 081	1 083	24	602	457
Sachsen	7 039	185	4 396	2 458	4 570	185	3 396	989
Sachsen-Anhalt	6 098	193	3 192	2 713	4 869	187	2 819	1 863
Schleswig-Holstein	4 420	98	780	3 542	2 240	53	641	1 546
Thüringen	4 286	65	2 926	1 295	2 748	65	2 206	477
Deutschland	193 562	20 779	61 865	110 918	140 650	15 646	51 365	73 639

Grundleistungsempfänger(innen) nach Art der Unterbringung, Art und Form der Leistung und Geschlecht am 31.12.1994

Land	Grundleistungsempfänger(innen)													
	zusammen und zwar nach Form der Leistung			Aufnahmeeinrichtung			davon nach Art der Unterbringung vergleichbare Einrichtung			anderweitige Unterbringung				
	zusammen ¹⁾	Sachleistung	Wertgutschein	Geldleistung	zusammen ¹⁾	und zwar nach Form der Leistung	zusammen ¹⁾	und zwar nach Form der Leistung	zusammen ¹⁾	und zwar nach Form der Leistung	Sachleistung	Wertgutschein	Geldleistung	
	Männlich													
Baden-Württemberg	4 972	4 346	414	754	1 139	1 134	6	2 753	2 611	38	1 080	601	370	562
Bayern	15 791	14 542	6 567	3 116	5 889	5 575	1 532	7 112	6 644	3 986	2 790	2 323	1 049	728
Berlin	3 536	722	137	3 182	142	60	15	441	220	53	2 953	442	69	2 847
Brandenburg	2 402	1 970	461	414	698	674	x	672	641	57	1 032	655	403	377
Bremen	527	363	266	198	11	11	x	-	-	-	516	352	263	198
Hamburg	3 328	3 328	-	3 327	127	127	-	76	76	-	3 125	3 125	-	3 124
Hessen	6 505	4 062	1 355	4 470	1 315	1 217	52	1 517	934	444	3 673	1 911	859	3 241
Mecklenburg-Vorpommern	1 218	904	907	198	95	95	17	646	619	607	477	190	283	198
Niedersachsen	6 221	3 881	3 255	3 256	1 919	1 748	1 351	462	274	284	3 840	1 859	1 620	2 871
Nordrhein-Westfalen	17 168	10 127	8 121	5 760	3 366	2 901	588	3 414	2 581	1 203	10 388	4 645	6 330	4 267
Rheinland-Pfalz	3 667	2 301	1 052	2 235	787	760	20	369	241	174	2 511	1 300	858	2 030
Saarland	789	526	57	325	457	451	-	-	-	-	332	75	57	318
Sachsen	3 771	3 757	1 649	14	232	232	-	3 499	3 490	1 636	40	35	13	x
Sachsen-Anhalt	4 227	4 039	2 459	13	467	467	338	3 688	3 530	2 064	72	42	57	13
Schleswig-Holstein	1 618	1 455	702	373	423	421	14	391	388	114	804	646	574	366
Thüringen	1 524	1 523	416	-	893	893	-	541	540	329	90	90	87	-
Deutschland	77 846	57 846	27 818	27 635	17 960	16 766	3 937	25 581	22 789	10 989	33 723	18 291	12 892	21 142
	Weiblich													
Baden-Württemberg	2 273	1 890	214	472	330	329	x	1 313	1 257	23	630	304	190	384
Bayern	7 104	6 369	2 811	2 123	2 114	1 977	458	3 593	3 344	1 712	1 397	1 048	641	550
Berlin	2 552	391	64	2 395	66	24	11	237	104	22	2 249	263	31	2 199
Brandenburg	1 025	753	227	277	212	202	-	239	229	19	574	322	208	260
Bremen	378	255	214	152	5	5	x	-	-	-	373	250	213	152
Hamburg	1 520	1 520	-	1 519	51	51	-	32	32	-	1 437	1 437	-	1 436
Hessen	4 451	2 659	988	2 836	1 039	979	29	1 086	601	356	2 326	1 079	603	2 010
Mecklenburg-Vorpommern	508	303	314	148	43	43	15	209	199	191	256	61	108	148
Niedersachsen	3 614	1 974	1 680	2 134	820	726	558	271	162	154	2 523	1 086	968	1 912
Nordrhein-Westfalen	10 327	5 369	5 281	3 822	1 529	1 259	307	1 763	1 240	640	7 035	2 870	4 334	2 963
Rheinland-Pfalz	2 140	1 266	601	1 474	357	342	13	159	101	91	1 624	823	497	1 386
Saarland	447	255	46	244	194	190	x	-	-	-	253	65	45	240
Sachsen	1 290	1 283	594	7	45	45	-	1 224	1 222	588	21	16	6	x
Sachsen-Anhalt	1 333	1 252	853	7	90	90	67	1 192	1 135	741	51	27	45	7
Schleswig-Holstein	789	693	359	196	188	186	4	149	146	30	452	361	325	189
Thüringen	414	414	137	-	201	201	-	169	169	96	44	44	41	-
Deutschland	40 165	26 646	14 383	17 806	7 284	6 649	1 465	11 636	9 941	4 663	21 245	10 056	8 255	13 839
	Insgesamt													
Baden-Württemberg	7 245	6 236	628	1 226	1 469	1 463	7	4 066	3 868	61	1 710	905	560	946
Bayern	22 895	20 911	9 378	5 239	8 003	7 552	1 990	10 705	9 988	5 698	4 187	3 371	1 690	1 278
Berlin	6 088	1 113	201	5 577	208	84	26	678	324	75	5 202	705	100	5 046
Brandenburg	3 427	2 723	688	691	910	876	x	911	870	76	1 606	977	611	637
Bremen	905	618	480	350	16	16	4	-	-	-	889	602	476	350
Hamburg	4 848	4 848	-	4 846	178	178	-	108	108	-	4 562	4 562	-	4 560
Hessen	10 956	6 721	2 343	7 306	2 354	2 196	81	2 603	1 535	800	5 999	2 990	1 462	5 251
Mecklenburg-Vorpommern	1 726	1 207	1 221	346	138	138	32	855	818	798	733	251	391	346
Niedersachsen	9 835	5 855	4 935	5 390	2 739	2 474	1 909	733	436	438	6 363	2 945	2 588	4 783
Nordrhein-Westfalen	27 495	15 496	13 402	9 582	4 895	4 160	895	5 177	3 821	1 843	17 423	7 515	10 664	7 230
Rheinland-Pfalz	5 807	3 567	1 653	3 709	1 144	1 102	33	528	342	265	4 135	2 123	1 355	3 416
Saarland	1 236	781	103	569	651	641	x	-	-	-	585	140	102	558
Sachsen	5 061	5 040	2 243	21	277	277	-	4 723	4 712	2 224	61	51	19	5
Sachsen-Anhalt	5 560	5 291	3 312	20	557	557	405	4 880	4 665	2 805	123	69	102	20
Schleswig-Holstein	2 407	2 148	1 061	569	611	607	18	540	534	144	1 256	1 007	899	555
Thüringen	1 938	1 937	553	-	1 094	1 094	-	710	709	425	134	134	128	-
Deutschland	117 429	84 492	42 201	45 441	25 244	23 415	5 402	37 217	32 730	15 652	54 968	28 347	21 147	34 981

1) ohne Mehrfachzählungen
X Zahlenwert wegen Datenschutz gesperrt

Grundleistungsempfänger(innen) nach Art der Unterbringung, Art und Form der Leistung und Geschlecht am 31.12.2000

Land	Grundleistungsempfänger/-innen													
	zusammen1)	zusammen und zwar nach Form der Leistung			Aufnahmeeinrichtung und zwar nach Form der Leistung		davon nach Art der Unterbringung Gemeinschaftsunterkunft und zwar nach Form der Leistung		dezentrale Unterbringung und zwar nach Form der Leistung					
		Sachleistung	Wertgutschein	Geldleistung	zusammen1)	Sachleistung	Wertgutschein	zusammen1)	Sachleistung	Wertgutschein	zusammen1)	Sachleistung	Wertgutschein	Geldleistung
Männlich														
Baden-Württemberg	17 361	9 726	3 575	10 717	1 120	855	136	4 999	4 346	703	11 242	4 525	2 736	9 767
Bayern	18 511	15 800	2 232	4 248	1 802	1 751	608	12 577	11 996	504	4 132	2 053	1 120	3 215
Berlin	13 920	1 023	2 565	12 066	739	43	18	3 773	452	1 408	9 408	528	1 139	8 768
Brandenburg	5 085	3 444	3 155	237	295	294	x	4 494	2 950	2 971	296	200	183	147
Bremen	1 943	1 608	951	768	101	82	78	420	404	295	1 422	1 122	578	731
Hamburg	10 205	10 205	-	9 818	2 196	2 196	-	3 475	3 475	-	4 534	4 534	-	4 494
Hessen	16 663	10 067	2 066	9 285	260	158	21	5 543	2 637	579	10 860	7 272	1 466	5 318
Mecklenburg-Vorpommern	3 759	2 744	3 283	113	426	423	7	2 913	2 162	2 860	420	159	416	35
Niedersachsen	16 905	6 578	14 077	7 812	850	850	737	3 052	1 109	2 733	13 003	4 619	10 607	6 352
Nordrhein-Westfalen	50 745	15 533	5 759	45 368	6 672	2 633	425	22 086	6 282	2 286	21 987	6 618	3 048	20 275
Rheinland-Pfalz	7 944	3 667	1 836	6 787	537	537	10	865	369	279	6 497	2 761	1 547	6 018
Saarland	1 870	1 096	80	896	971	965	-	71	4	x	828	127	79	820
Sachsen	7 821	7 633	3 496	229	323	322	-	7 210	7 155	3 328	288	156	168	167
Sachsen-Anhalt	5 339	2 187	558	4 795	302	285	184	3 476	1 519	301	1 561	383	73	1 486
Schleswig-Holstein	3 847	2 770	1 804	1 889	276	263	18	901	828	369	2 670	1 679	1 417	1 602
Thüringen	4 109	4 074	3 159	257	778	778	-	2 997	2 988	2 958	334	308	201	206
Deutschland	186 027	98 155	48 596	115 285	17 693	12 435	2 243	78 852	48 676	21 575	89 482	37 044	24 778	69 401
Weiblich														
Baden-Württemberg	13 231	6 395	2 862	9 448	531	326	59	2 722	2 232	435	9 978	3 837	2 368	8 695
Bayern	11 336	9 142	1 436	3 488	706	667	237	7 082	6 751	283	3 548	1 724	916	2 764
Berlin	10 673	707	1 619	9 644	463	16	13	2 679	314	755	7 531	377	851	7 073
Brandenburg	1 789	1 192	1 154	170	112	111	x	1 455	913	1 007	222	168	144	131
Bremen	1 416	1 173	660	540	62	52	46	264	251	175	1 090	870	439	520
Hamburg	7 257	7 257	-	7 071	1 312	1 312	-	2 584	2 584	-	3 361	3 361	-	3 330
Hessen	13 828	8 368	1 608	7 590	159	79	19	3 986	1 780	434	9 683	6 509	1 155	4 619
Mecklenburg-Vorpommern	1 687	1 202	1 511	75	140	140	x	1 268	914	1 234	279	148	275	24
Niedersachsen	13 456	4 491	11 022	6 381	274	274	238	2 029	617	1 796	11 153	3 600	8 988	5 474
Nordrhein-Westfalen	40 897	12 388	4 990	36 833	5 360	2 058	331	16 986	4 570	1 851	18 551	5 760	2 808	17 135
Rheinland-Pfalz	6 262	2 473	1 370	5 637	236	208	10	404	145	104	5 622	2 120	1 256	5 270
Saarland	1 319	595	116	846	467	465	x	56	x	-	796	129	115	787
Sachsen	2 422	2 311	1 241	162	80	79	-	2 089	2 080	1 075	253	152	166	142
Sachsen-Anhalt	2 361	852	185	2 198	98	94	60	1 459	540	97	804	218	28	772
Schleswig-Holstein	2 280	1 598	993	1 304	121	110	6	384	347	106	1 775	1 141	881	1 136
Thüringen	1 997	1 967	1 694	233	195	195	-	1 497	1 488	1 489	305	284	205	178
Deutschland	132 211	62 111	32 461	91 620	10 316	6 186	1 025	46 944	25 527	10 841	74 951	30 398	20 595	58 050
Insgesamt														
Baden-Württemberg	30 592	16 121	6 437	20 165	1 651	1 181	195	7 721	6 578	1 138	21 220	8 362	5 104	18 462
Bayern	29 847	24 942	3 668	7 736	2 508	2 418	845	19 659	18 747	787	7 680	3 777	2 036	5 979
Berlin	24 593	1 730	4 184	21 710	1 202	59	31	6 452	766	2 163	16 939	905	1 990	15 841
Brandenburg	6 874	4 636	4 309	407	407	405	4	5 949	3 863	3 978	518	368	327	278
Bremen	3 359	2 781	1 611	1 308	163	134	124	684	655	470	2 512	1 992	1 017	1 251
Hamburg	17 462	17 462	-	16 889	3 508	3 508	-	6 059	6 059	-	7 895	7 895	-	7 824
Hessen	30 491	18 435	3 674	16 875	419	237	40	9 529	4 417	1 013	20 543	13 781	2 621	9 937
Mecklenburg-Vorpommern	5 446	3 946	4 794	188	563	563	9	4 181	3 076	4 094	699	307	691	59
Niedersachsen	30 361	11 069	25 099	14 193	1 124	1 124	975	5 081	1 726	4 529	24 156	8 219	19 595	11 826
Nordrhein-Westfalen	91 642	27 921	10 749	82 201	12 032	4 691	756	39 072	10 852	4 137	40 538	12 378	5 856	37 410
Rheinland-Pfalz	14 206	6 140	3 206	12 424	818	745	20	1 269	514	383	12 119	4 881	2 803	11 288
Saarland	3 189	1 691	196	1 742	1 438	1 430	x	127	5	x	1 624	256	194	1 607
Sachsen	10 243	9 944	4 737	391	403	401	-	9 299	9 235	4 403	541	308	334	309
Sachsen-Anhalt	7 700	3 039	743	6 993	400	379	244	4 935	2 059	398	2 365	601	101	2 258
Schleswig-Holstein	6 127	4 368	2 797	3 193	397	373	24	1 285	1 175	475	4 445	2 820	2 298	2 738
Thüringen	6 106	6 041	4 853	490	973	973	-	4 494	4 476	4 447	639	592	406	384
Deutschland	318 238	160 266	81 057	206 905	28 009	18 621	3 268	125 796	74 203	32 416	164 433	67 442	45 373	127 451

1) ohne Mehrfachzählungen

X Zahlenwert wegen Datenschutz gesperrt

Grundleistungsempfänger(innen) nach Art der Unterbringung, Art und Form der Leistung und Geschlecht am 31.12.2006

Land	Grundleistungsempfänger(innen)													
	zusammen			davon nach Art der Unterbringung										
	und zwar nach Form der Leistung			Aufnahmeeinrichtung		Gemeinschaftsunterkunft			dezenrale Unterbringung					
	zusammen1)	Sachleistung	Wertgutschein	Geldleistung	zusammen1)	und zwar nach Form der Leistung	zusammen1)	und zwar nach Form der Leistung	zusammen1)	und zwar nach Form der Leistung	Sachleistung	Wertgutschein	Geldleistung	
				Sachleistung	Wertgutschein		Sachleistung	Wertgutschein		Sachleistung	Wertgutschein	Geldleistung		
	Männlich													
Baden-Württemberg	8 390	4 264	1 617	6 272	364	204	142	2 406	2 021	337	5 620	2 039	1 138	5 218
Bayern	7 631	7 112	1 803	1 220	439	439	206	6 478	6 478	1 433	714	195	164	610
Berlin	4 924	129	23	4 857	814	6	-	908	45	9	3 202	78	14	3 136
Brandenburg	2 310	1 196	806	1 229	185	185	-	1 869	876	754	256	135	52	179
Bremen	1 222	1 034	286	398	103	52	29	192	176	113	927	806	144	336
Hamburg	4 419	4 419	-	4 236	953	953	-	1 191	1 191	-	2 275	2 275	-	2 192
Hessen	5 682	2 028	254	4 897	316	104	-	1 959	680	183	3 407	1 244	71	2 721
Mecklenburg-Vorpommern	1 658	1 099	259	1 165	187	175	-	1 179	704	212	292	220	47	236
Niedersachsen	9 021	3 882	7 357	5 066	1 013	835	1 006	1 185	663	1 055	6 823	2 384	5 296	4 304
Nordrhein-Westfalen	24 651	8 761	1 910	22 441	4 453	1 474	275	8 358	3 185	870	11 840	4 102	765	10 952
Rheinland-Pfalz	3 140	1 364	905	2 761	242	132	74	381	224	155	2 517	1 008	676	2 338
Saarland	654	438	30	263	17	11	-	408	381	x	229	46	29	229
Sachsen	3 416	2 904	1 552	730	154	154	154	2 696	2 516	1 202	566	234	196	379
Sachsen-Anhalt	3 351	1 447	232	3 128	140	77	39	2 032	1 000	140	1 179	370	53	1 145
Schleswig-Holstein	1 374	794	176	1 002	32	14	7	443	332	49	899	448	120	810
Thüringen	1 814	1 809	1 631	75	52	x	x	1 513	1 513	1 489	249	244	139	74
Deutschland	83 657	42 680	18 841	59 740	9 464	4 867	1 935	33 198	21 985	8 002	40 995	15 828	8 904	34 859
	Weiblich													
Baden-Württemberg	5 673	2 602	1 231	4 601	190	107	82	1 247	975	212	4 236	1 520	937	3 988
Bayern	4 293	3 813	1 126	883	199	199	98	3 470	3 470	903	624	144	125	560
Berlin	2 600	29	7	2 588	301	4	-	386	8	x	1 913	17	6	1 901
Brandenburg	910	467	360	462	65	65	-	660	312	316	185	90	44	118
Bremen	834	684	171	280	59	24	17	99	94	56	676	566	98	237
Hamburg	3 370	3 370	-	3 114	682	682	-	974	974	-	1 714	1 714	-	1 601
Hessen	4 368	1 465	216	3 854	159	30	-	1 207	436	157	3 002	999	59	2 501
Mecklenburg-Vorpommern	909	641	111	705	83	73	-	551	369	70	275	199	41	231
Niedersachsen	6 688	2 619	5 267	3 950	515	430	512	621	319	566	5 552	1 870	4 189	3 524
Nordrhein-Westfalen	20 057	7 082	1 526	18 328	3 674	1 159	200	6 226	2 417	608	10 157	3 506	718	9 343
Rheinland-Pfalz	2 390	946	642	2 139	136	51	28	154	77	58	2 100	818	556	1 939
Saarland	429	243	25	241	7	x	-	194	187	x	228	54	24	228
Sachsen	1 154	863	476	365	31	31	31	700	633	310	423	199	135	266
Sachsen-Anhalt	1 518	607	72	1 470	47	29	21	787	393	29	684	185	22	681
Schleswig-Holstein	866	466	108	669	21	9	6	198	143	16	647	314	86	579
Thüringen	934	927	819	65	13	13	x	693	693	683	228	221	133	64
Deutschland	56 993	26 824	12 157	43 714	6 182	2 908	998	18 167	11 500	3 986	32 644	12 416	7 173	27 761
	Insgesamt													
Baden-Württemberg	14 063	6 866	2 848	10 873	554	311	224	3 653	2 996	549	9 856	3 559	2 075	9 206
Bayern	11 924	10 925	2 929	2 103	638	638	304	9 948	9 948	2 336	1 338	339	289	1 170
Berlin	7 524	158	30	7 445	1 115	10	-	1 294	53	10	5 115	95	20	5 037
Brandenburg	3 220	1 663	1 166	1 691	250	250	-	2 529	1 188	1 070	441	225	96	297
Bremen	2 056	1 718	457	678	162	76	46	291	270	169	1 603	1 372	242	573
Hamburg	7 789	7 789	-	7 350	1 635	1 635	-	2 165	2 165	-	3 989	3 989	-	3 793
Hessen	10 050	3 493	470	8 751	134	134	-	3 166	1 116	340	6 409	2 243	130	5 222
Mecklenburg-Vorpommern	2 567	1 740	370	1 870	270	248	-	1 730	1 073	282	567	419	88	467
Niedersachsen	15 709	6 501	12 624	9 016	1 528	1 265	1 518	1 806	982	1 621	12 375	4 254	9 485	7 828
Nordrhein-Westfalen	44 708	15 843	3 436	40 769	8 127	2 633	475	14 584	5 602	1 478	21 997	7 608	1 483	20 295
Rheinland-Pfalz	5 530	2 310	1 547	4 900	378	183	102	535	301	213	4 617	1 826	1 232	4 277
Saarland	1 083	681	55	504	24	13	-	602	568	x	457	100	53	457
Sachsen	4 570	3 767	2 028	1 095	185	185	185	3 396	3 149	1 512	989	433	331	645
Sachsen-Anhalt	4 869	2 054	304	4 598	187	106	60	2 819	1 393	169	1 863	555	75	1 826
Schleswig-Holstein	2 240	1 260	284	1 671	53	23	13	641	475	65	1 546	762	206	1 389
Thüringen	2 748	2 736	2 450	140	65	65	6	2 206	2 206	2 172	477	465	272	138
Deutschland	140 650	69 504	30 998	103 454	15 646	7 775	2 933	51 365	33 485	11 988	73 639	28 244	16 077	62 620

1) ohne Mehrfachzählungen

X Zahlenwert wegen Datenschutz gesperrt

Bruttoausgaben für Grundleistungen nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz nach Form der Leistung

Deutschland

Land	2006						2000						1994					
	Ins-gesamt		davon		Geld-		Ins-gesamt		davon		Geld-		Ins-gesamt		davon		Geld-	
	Sach-leis-tungen	Wert-gut-scheine	Sach-leis-tungen	Wert-gut-scheine	Geld-leistungen für den Lebens-unterhalt	Geld-leistungen für persönliche Bedürfnisse	Sach-leis-tungen	Wert-gut-scheine	Sach-leis-tungen	Wert-gut-scheine	Geld-leistungen für den Lebens-unterhalt	Geld-leistungen für persönliche Bedürfnisse	Sach-leis-tungen	Wert-gut-scheine	Sach-leis-tungen	Wert-gut-scheine	Geld-leistungen für den Lebens-unterhalt	Geld-leistungen für persönliche Bedürfnisse
Baden-Württemberg	47 587 803	13 172 680	733 220	4 221 603	29 480 300	13 918 765	129 499 942	44 431 286	2 090 030	68 059 861	13 918 765	31 898 813	1 104 049	6 075 786	8 927 256			
Bayern	70 171 770	61 142 748	1 416 711	2 843 004	4 769 307	9 483 624	130 408 245	97 329 736	4 507 450	19 087 436	9 483 624	114 528 528	5 116 110	6 889 672	5 430 368			
Berlin	33 566 727	7 389 531	-	1 884 149	24 283 047	1 134 942	138 400 367	83 721 400	-	53 544 024	1 134 942	8 986 715	-	636 279	16 803 035			
Brandenburg	10 359 300	4 785 454	1 418 149	1 109 734	3 045 963	3 382 978	25 287 100	15 030 573	5 580 934	1 292 615	3 382 978	9 410 383	916 598	745 344	1 120 304			
Bremen	9 183 276	4 884 486	100 576	1 175 088	3 023 116	1 855 098	19 531 761	7 950 760	422 118	9 302 786	1 855 098	847 805	278 854	380 898	968 404			
Hamburg	30 783 772	-	-	-	30 783 772	8 752 294	55 093 234	89 987	-	46 250 952	8 752 294	79 762	-	-	17 299 561			
Hessen	45 451 845	14 458 049	301 806	1 686 161	29 005 829	5 771 863	136 226 716	43 967 883	1 101 853	85 385 116	5 771 863	55 563 185	479 452	6 531 438	30 138 018			
Mecklenburg-Vorpommern	10 874 196	5 802 081	531 189	1 072 598	3 468 328	2 120 825	18 555 443	7 025 390	8 659 821	749 408	2 120 825	3 594 343	2 078 886	546 475	240 622			
Niedersachsen	55 065 739	23 815 919	19 483 749	4 646 879	7 139 192	11 392 328	109 500 091	34 773 449	45 786 755	17 547 559	11 392 328	11 954 687	7 426 708	3 976 866	10 004 544			
Nordrhein-Westfalen	183 864 911	33 541 473	15 457 292	15 051 471	119 814 675	36 200 656	351 834 913	60 352 703	31 976 639	223 304 914	36 200 656	88 001 204	43 804 361	17 565 065	29 093 929			
Rheinland-Pfalz	23 582 354	4 673 308	1 059 695	1 670 088	16 179 263	4 231 019	61 864 938	11 089 801	3 388 299	43 155 820	4 231 019	9 846 703	2 292 376	1 785 937	18 687 985			
Saarland	3 114 314	940 971	16 868	321 710	1 834 765	1 274 661	16 800 916	2 994 177	12 702	12 519 376	1 274 661	260 942	21 092	358 425	4 011 411			
Sachsen	24 275 862	19 285 092	1 938 628	1 595 664	1 456 478	4 692 985	54 672 932	47 215 678	1 827 296	936 974	4 692 985	13 958 001	1 883 711	2 765 410	288 067			
Sachsen-Anhalt	23 428 271	9 525 434	515 321	1 166 876	12 220 640	1 619 960	36 133 339	13 395 389	1 248 911	19 869 080	1 619 960	31 241 841	2 764 442	2 414 520	13 525			
Schleswig-Holstein	12 642 883	7 214 535	299 347	1 174 968	3 953 833	3 192 868	29 243 493	13 840 897	6 092 283	6 117 465	3 192 868	7 437 856	1 848 234	1 507 183	1 381 555			
Thüringen	12 689 839	7 608 245	7 608 245	941 938	229 411	2 328 186	27 352 920	17 201 028	7 109 905	713 801	2 328 186	22 675 785	1 153 328	1 478 152	-			
Deutschland	596 652 662	218 240 006	47 182 796	40 561 941	290 667 919	111 354 052	1 340 406 350	500 410 138	119 804 974	608 837 185	111 354 052	410 286 550	71 168 201	53 657 452	144 408 584			